



Kurzprotokoll der 87. Sitzung

Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe

Berlin, den 23. Juni 2021, 14:00 Uhr
10117 Berlin, Adele-Schreiber-Krieger-Straße 1
Marie-Elisabeth-Lüders-Haus, Saal MELH 3.101

Vorsitz: Gyde Jensen, MdB

Tagesordnung - Öffentliche Anhörung

Einzigster Tagesordnungspunkt

Seite 6

Öffentliche Anhörung zum Thema:
Menschenrechtslage in der Türkei



Geladene Sachverständige

Selmin Çalışkan

Direktorin für Institutionelle Beziehungen der Open Society Foundations, Büro Berlin

Amke Dietert

Türkei-Expertin, Amnesty International

Can Dündar

Journalist

Laila Mirzo

Autorin, Berlin

Prof. Dr. Dr. Thomas Schirrmacher

Direktor des Internationalen Instituts für Religionsfreiheit

Dr. Günter Seufert

Leiter des Centrums für angewandte Türkeistudien (CATS) bei der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP)

Düzen Tekkal

Journalistin, Gründerin und Geschäftsführerin von HAWAR.help



Fragenkatalog zur Anhörung des Ausschusses für Menschenrechte zur Menschenrechtslage in der Türkei am 23. Juni 2021

Umgang mit der politischen Opposition sowie mit religiösen und anderen Minderheiten

1. Religionsfreiheit ist ein elementares Menschenrecht. Wie stellt sich die Lage der Religions- und Weltanschauungsfreiheit, insbesondere religiöser Minderheiten, einschließlich der Christen und Konvertiten, in der Türkei dar und welche Folgen haben die Außenpolitik und militärischen Interventionen der Türkei für die aktuelle Situation der religiöser Minderheiten in anderen Staaten? (CDU/CSU)
2. Wie ist die Situation der christlichen Gemeinden in der Türkei? (AfD)
3. Welche Konsequenzen haben die militärischen Interventionen der Türkei im Irak und Syrien auf die menschenrechtliche Lage vor Ort, insbesondere auf die Lage von Minderheiten? Und welche menschenrechtlichen und humanitären Auswirkungen hat dies auf Flüchtlinge und Vertriebene in der Türkei und den Grenzregionen? (FDP)
4. Welche menschenrechtlichen Konsequenzen hat der Konflikt zwischen den Kurden und Türken, sowohl in der Türkei, als auch im Irak und Syrien? Welche Instrumente sollten die Bundesregierung und die internationale Gemeinschaft nutzen, um zur Konfliktbeilegung und zum Schutz der Menschenrechte beizutragen? (FDP)
5. Mit besonderem Augenmerk darauf, dass systematisches Vorgehen gegen politische Opposition, Inhaftierungen von Journalistinnen und Journalisten, gewaltsames Vorgehen gegen Versammlungen beziehungsweise Demonstrationen und Missachtung rechtsstaatlicher Prinzipien in der Türkei auf der Tagesordnung stehen: Wie bewerten Sie die dortige Lage der Menschenrechte und welche Entwicklungen im Bereich der bürgerlich-politischen Menschenrechte sind in den vergangenen Jahren zu verzeichnen? (DIE LINKE.)

Justizsystem, Frauenrechte und Austritt aus der Istanbul-Konvention

6. Welche Ziele verfolgt die türkische Regierung mit der Verabschiedung eines Aktionsplans Menschenrechte im März 2021 bei gleichzeitigem Austritt aus der Istanbul-Konvention und der weiteren Verschärfung der Einschränkungen von Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit? (CDU/CSU)
7. Der EU-Fortschrittsbericht formuliert harte Kritik an der Situation der Rechtsstaatlichkeit in der Türkei und konstatiert diesbezüglich besorgniserregende Rückschritte. Wie beurteilen Sie die Rolle der Justiz und die richterliche Unabhängigkeit von der Exekutiven? Welche Auswirkungen hatten der fehlgeschlagene Putschversuch von Juli 2016 und die Einführung des Präsidialsystems 2017? (SPD)



8. Wie beeinflusst die Instrumentalisierung der Justiz den politischen Prozess und den Spielraum der Opposition? Wie beurteilen Sie den Umgang der Türkei mit den Entscheidungen des EGMR und die Entwicklung der Terrorgesetzgebung? (SPD)
9. Wie beurteilen Sie die Situationen von Frauen, des Schutzes und der Gewährleistung von Frauenrechten in der Türkei, insbesondere im Hinblick auf den Schutz vor sexualisierter und häuslicher Gewalt nach dem Austritt der Türkei aus der Istanbul Konvention im März 2021 sowie von Frauenrechten in den internationalen Beziehungen der Türkei? (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
10. Welche Repressionen erfahren zivilgesellschaftliche Gruppen und menschenrechtliche Nichtregierungsorganisationen derzeit in der Türkei und wie können insbesondere frauenrechtliche Bewegungen und Organisationen sich derzeit noch für den Schutz und die Gewährleistung von Menschenrechten in der Türkei einsetzen? (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Türkische Außenpolitik und Verhältnis zur EU

11. Unterstützen Sie den Beitritt der Türkei zur EU, bzw. die Fortsetzung der Beitrittsverhandlungen? (AfD)
12. Inwieweit handelt die türkische Regierung in ihrer Außenpolitik, insbesondere in ihrer direkten und indirekten Kriegspolitik und Flüchtlingspolitik, den Menschenrechten zuwider und verstößt gegen das Völkerrecht und welche Verantwortung und Interessen haben indes die deutsche Bundesregierung und Europäische Union? (DIE LINKE.)



Mitglieder des Ausschusses

	Ordentliche Mitglieder	Stellvertretende Mitglieder
CDU/CSU	Altenkamp, Norbert Maria Brand (Fulda), Michael Brehm, Sebastian Heinrich (Chemnitz), Frank Patzelt, Martin Zimmer, Prof. Dr. Matthias	Brodesser, Dr. Carsten Damerow, Astrid Kuffer, Michael Leikert, Dr. Katja Motschmann, Elisabeth Schipanski, Tankred
SPD	Castellucci, Prof. Dr. Lars Özoğuz, Aydan Schwabe, Frank	Diaby, Dr. Karamba Heinrich, Gabriela
AfD	Braun, Jürgen Herdt, Waldemar	Friesen, Dr. Anton Frohnmaier, Markus
FDP	Heidt, Peter Jensen, Gyde	Gohl, Dr. Christopher Köhler, Dr. Lukas
DIE LINKE.	Brandt, Michel Nastic, Zaklin	Buchholz, Christine Jelpke, Ulla
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Bause, Margarete Gehring, Kai	Amtsberg, Luise Polat, Filiz



Einzigster Tagesordnungspunkt

Öffentliche Anhörung zum Thema: Menschenrechtslage in der Türkei

Die **Vorsitzende**: Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte Sie alle ganz herzlich zu unserer öffentlichen Anhörung zur Menschenrechtslage in der Türkei begrüßen. In der letzten Sitzungswoche haben wir noch einiges an wichtigen Themen auf der Agenda, sowohl hier im Ausschuss als auch im Plenum. Lassen Sie mich trotzdem zu Beginn ein paar organisatorische Hinweise geben. Diese Anhörung findet, wie alle anderen in der letzten Zeit auch, vor dem Hintergrund der Corona-Beschränkungen und der einzuhaltenden Abstandsregeln in einer Mischform statt. Das heißt, Sie werden sowohl einige Kolleginnen und Kollegen auf der Ampel hier vorne sehen, die Sachverständigen, und darüber freuen wir uns ganz besonders, dürfen wir alle im Saal begrüßen. Das ist eine schöne Situation zum Abschluss. Einer unserer Sachverständigen, Can Dündar, wird heute auf Englisch zu uns sprechen, und ich dehne ein bisschen, bis er seine Kopfhörer aufgesetzt hat, damit die Kolleginnen und Kollegen in den Dolmetscherkabinen – vielen Dank, dass Sie heute bei uns sind – gleich verdolmetschen können. Das heißt wenn Sie die Möglichkeit wahrnehmen wollen, deutsch-englische oder englisch-deutsche Verdolmetschung zu erhalten, dann setzen Sie gerne Ihre Kopfhörer auf. Herr Dündar wird nachher auf Englisch zu uns sprechen. Zu den Regeln der Durchführung der Videokonferenz: Sie können das Mikrophon gerne solange ausschalten, bis Sie aufgerufen werden und das Wort ergreifen können. Ansonsten, wenn es technische Probleme geben sollte, geben Sie uns einen Moment. Die Technik ist schon sehr routiniert, aber einige Dinge müssen kurz eruiert werden, bevor man tatsächlich den Ursprung eines Problems feststellen kann. Ich möchte jetzt ganz herzlich unsere Hauptprotagonistinnen und -protagonisten begrüßen und das sind unsere geladenen Sachverständigen. Das ist unter anderem Selmin Çalışkan, die Direktorin für Institutionelle Beziehungen der Open Society Foundations mit Büro in Berlin. Dann Anke Dietert, Türkei-Expertin bei Amnesty International. Dann Can Dündar, Journalist. Die nächste Sachverständige

bei uns ist Laila Mirzo, Autorin aus Berlin. Dann Professor Dr. Dr. Thomas Schirmacher, Direktor des Internationalen Instituts für Religionsfreiheit und Dr. Günter Seufert, der Leiter des Centrums für angewandte Türkeistudien (CATS) bei der Stiftung Wissenschaft und Politik. Zu uns gekommen ist ebenfalls Düzen Tekkal, Journalistin, Gründerin und Geschäftsführerin von HAWAR.help. Ich begrüße außerdem alle Ausschussmitglieder im Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe – sowie in der Konferenz zu uns geschaltet – Frau Dr. Bärbel Kofler, die Beauftragte der Bundesregierung für Menschenrechtspolitik und Humanitäre Hilfe. Frau Dr. Kofler wird nicht ganz bis zum Ende der Anhörung bei uns sein können, aber den größten Teil digital verfolgen. Von daher, Frau Dr. Kofler, auch wieder ein herzliches Willkommen an Sie. Außerdem begrüßen wir noch – ich weiß nicht, ob sie noch zu uns kommen werden – die Abgeordnete Sevim Dağdelen für die Linke, Obfrau im Auswärtigen Ausschuss und Vorsitzende der deutsch-türkischen Parlamentariergruppe, sowie die Abgeordnete Cornelia Möhring, ebenfalls von der Linken und frauenpolitische Sprecherin und stellvertretende Vorsitzende ihrer Fraktion. An dieser Stelle begrüße ich auch ganz herzlich die Öffentlichkeit. Die Anhörung ist öffentlich und wird auch live im Parlamentsfernsehen übertragen und im Anschluss ist sie für Sie, wie immer, in der Mediathek auf der Website des Deutschen Bundestages abrufbar. Wie üblich bei Anhörungen möchte ich Sie um Ihr Einverständnis bitten, dass Abgeordnete anderer Ausschüsse hier heute Rede- und Fragerecht erhalten, und Sie darüber informieren, dass von der Sitzung ein Wortprotokoll angefertigt wird, das später auf der Internetseite des Ausschusses veröffentlicht wird. Gegenteilige Meinungen dazu vernehme ich nicht. Dann verfahren wir so. Ein Hinweis noch auf die Vorbereitung der Sitzung. Es gibt schriftliche Stellungnahmen der Sachverständigen, die den Ausschussmitgliedern und den eingeladenen Ausschüssen bereits vorher zugegangen sind und, sofern die Sachverständigen zugestimmt haben, werden auch diese Stellungnahmen nach der Anhörung auf der Ausschussseite im Internet veröffentlicht. Zum Ablauf der Anhörung – da wir viele Anhörungen in der letzten Zeit hatten, mag Ihnen das jetzt schon sehr geläufig sein, ich



wiederhole das trotzdem noch einmal kurz: Die Anhörung wird nach einem Verfahren ablaufen, auf das wir uns unter den Obleuten im Oktober 2018 geeinigt haben. Dabei werden wir zunächst die Eingangsstatements der Sachverständigen hören. Das heißt, ich würde der Reihe nach vorgehen und Sie einzeln aufrufen. Die Eingangsstatements können rund fünf Minuten betragen. Hinter uns läuft eine Uhr, an der Sie sich ein bisschen orientieren können, wo Sie in Ihrer Zeit ungefähr liegen. Seien Sie trotzdem versichert, wir wollen heute von Ihnen hören. Das heißt, ich werde durchaus nachlässig sein, wenn Sie dann doch einmal die Zeit überschreiten sollten. Ich würde aber die Kolleginnen und Kollegen Abgeordneten bitten, bei den Fragen im Anschluss an den [vereinbarten] zwei Minuten festzuhalten. Da komme ich gleich zum nächsten Thema. Wenn wir mit den Eingangsstatements der Sachverständigen durch sind, starten wir in die Fragerunde. Mit der größten Fraktion wird begonnen und es können bis zu zwei Sachverständige in zwei Minuten befragt werden und da bin ich ein bisschen strikter. Die befragten Sachverständigen haben dann für ihre Beantwortung der Fragen bis zu vier Minuten Zeit. Das werde ich entsprechend natürlich auch immer noch einmal ansagen, damit Sie sich ein bisschen daran orientieren können. Und deswegen bin ich jetzt schon fast am Ende der Bekanntgaben, die wir hier haben, bevor wir richtig starten können. Haben Sie Fragen an dieser Stelle? Wenn das nicht der Fall ist, dann starten wir. Nur für die Beteiligten und Interessierten auf der Tribüne: Sie können sehr gerne zu Beginn Fotos und Auftaktbilder machen. Am Ende oder im Laufe der Sitzung wäre es wunderbar, wenn das Ganze eingestellt werden würde. Dann haben wir hier ein bisschen mehr Ruhe. Videoaufnahmen sollten nicht gemacht werden, weil wir dafür extra den Stream haben und die Möglichkeit, dass die Anhörung danach noch einmal angeschaut wird. Wenn es keine weiteren Fragen gibt, dann starten wir in die Statements der Sachverständigen und ich würde Frau Çalışkan um ihr Statement bitten. Sie haben bis zu fünf Minuten.

Sve Selmin Çalışkan: Ich versuche es, vielen Dank. Sehr verehrte Mitglieder des Menschenrechtsausschusses, sehr geehrte Frau

Vorsitzende, und ich möchte auch gerne Frau Kofler begrüßen. Anfang der 2000er Jahre gab es sehr viele positive Entwicklungen in Bezug auf Frauenrechte in der Türkei und es sah so aus, als würde es in Richtung einer geschlechtergerechten Türkei gehen. Es gab 2002 EU-Beitrittsverhandlungen und es wurden im Zuge dessen Strafrecht, Scheidungsrecht, Arbeitsrecht und auch Kinderrechte verbessert. Die Regierungspolitik der letzten Jahrzehnte war allerdings eher davon geprägt, dass die Mutterrolle mehr in den Vordergrund gestellt wurde, statt die Gleichberechtigung beider Geschlechter zu betonen. Die Regierung hat in dem Zuge dann auch eher Anreize gegeben für mehr Teilzeitarbeit, für Eheschließungen, aber auch auf die Geburtenrate gesetzt. Das heißt, im Moment sind 33 Prozent der Frauen in der Türkei erwerbstätig und dem gegenüber stehen 75 Prozent der Männer. In den letzten Jahren haben sich die Frauenmorde in der Türkei verdoppelt, der Kindesmissbrauch hat sich vervierfacht und über ein Viertel der Mädchen und Frauen erfahren sexualisierte und körperliche Gewalt. Die Dunkelziffer wird wahrscheinlich sehr viel höher liegen, weil die Türkei sehr patriarchal geprägt ist, das Thema sehr schambehaftet ist und zum anderen sich auch Gesellschaft und Staat nicht aktiv einbringen. Der Austritt der Türkei aus der Istanbul-Konvention wird dann wahrscheinlich am 1. Juli 2021 stattfinden. Der Austritt könnte eine Symbolwirkung auch auf die EU und auf die Mitglieder des Europarats haben. Wir sprechen jetzt schon davon, dass die Slowakei, Ungarn und Bulgarien, die die Konvention unterzeichnet haben, aber mit ähnlichen Begründungen wie Erdoğan und die AKP, nämlich Zerstörung der Familie und der Versuch, Homosexualität zu normalisieren, nicht ratifizieren werden. Polen, wie Sie wissen, hat bereits angekündigt, aus der Konvention auszutreten, und ich finde es ein bisschen ironisch, dass Erdoğan den Austritt damit begründet, dass er sich nach EU-Mitgliedern richtet, die also Role Models sind für die EU. Interessant ist genau diese Argumentation und eigentlich bedeutet sie einen weiteren Schritt in Richtung eines autoritären Regimes in der Türkei. Es wird auch niemanden überraschen, dass eine weitere Verschlechterung der Lage von Frauenrechten und insgesamt der sozialen und wirtschaftlichen Situation von Frauen und



Mädchen zu erwarten ist. Auch die Lage für Frauenrechtsorganisationen, die sich für Betroffene einsetzen, wird sich gleichzeitig verschlechtern. Das heißt, ihnen würde durch den Austritt aus der Istanbul-Konvention ein völkerrechtlich verbrieftes Instrument im Kampf gegen Gewalt gegen Frauen entzogen. Die große Mehrheit der Frauen in der Türkei, und das schließt auch Frauen aus dem konservativen und religiösen Lager mit ein, sind gegen den Austritt aus dieser Konvention. Die Zahlen der Femizide und die Statistiken zu häuslicher und sexualisierter Gewalt sprechen ihre eigene Sprache und der Aufschrei gegen diese frauenfeindliche Gewalt in der Türkei, die grassiert, kommt sogar inzwischen aus den eigenen Reihen. Erdoğan hat für den Entschluss, aus der Konvention auszutreten, viel Gegenwind bekommen, und zwar nicht nur von den Frauenrechtsorganisationen, auch von der CHP und auch von der prokurdischen HDP und anderen Parteien. Im Moment sieht es so aus, dass es mehrere Klagen gibt, die beim Oberverwaltungsgericht in der Türkei geprüft werden und darauf abzielen, ob Erdoğan überhaupt per Präsidialdekret aus einer internationalen Konvention austreten kann. Während wir hier sitzen, gibt es weiterhin landesweite Proteste. Die Proteste gegen den Austritt nehmen weiter zu. Welche Handlungsmöglichkeiten gibt es jetzt? In erster Linie ist es für mich wichtig, dass Frauenorganisationen, die jetzt lautstark auf den Straßen ihre Rechte fordern und auch fordern, dass dieser Austritt zurückgenommen wird, unterstützt werden, weil die Frauenbewegung in der Türkei zentral ist, nicht nur für Frauenrechte, sondern auch im Kampf dagegen, dass Erdoğan und die AKP das Land immer weiter Richtung eines autoritären Regimes treiben. Das heißt, die Frauen sind sehr zentral in diesem Widerstand. Daher ist es jetzt wichtig zu schauen, wie man neben der ideellen Solidarität, die aus der EU und dem Europarat gekommen sind, Dialogformate einrichten kann und wie man Fördergelder für die Zivilgesellschaft zur Verfügung stellen kann, zum Beispiel über die EU-Delegation in Ankara, die bereits Finanzierungskanäle mit der Zivilgesellschaft hat. Und wie kann man das so gestalten, dass die Kommission direkt mit der Zivilgesellschaft arbeitet und nicht die zuvor

etablierten Regierungskanäle dafür nutzt. Der Ansatz hat sich bereits in den letzten Jahren bewährt, davon könnte es also gerne mehr geben. Frau Jensen, darf ich noch einen Punkt machen zur EU? Vielen Dank. Die EU-Türkei-Agenda ist auch ganz, ganz kritisch. Es wäre wichtig, hier zu schauen, ob man in diese EU-Türkei-Agenda, die sich eigentlich nur auf wirtschaftliche und sicherheitspolitische Zusammenarbeit konzentriert und natürlich auf den Migrationsvertrag zwischen der EU und der Türkei, nicht rechtsstaatliche Bedingungen und die Grundrechte mit hineinverhandeln kann. Das wäre aus meiner Sicht ganz zentral. Wir wissen, dass aus der EU und aus dem Europarat sehr viel Kritik gegen den Austritt aus der Istanbul-Konvention gekommen ist. Aber den Worten müssen jetzt auch Taten folgen. Vielen Dank.

Die Vorsitzende: Herzlichen Dank. Dann hat als nächste Sachverständige Frau Dietert bis zu fünf Minuten das Wort.

Sve Amke Dietert: Vielen Dank für die Einladung und guten Tag, Frau Vorsitzende und sehr geehrte Abgeordnete. Auch wir arbeiten viel mit Frau Kofler zusammen, daher von mir aus auch guten Tag an Sie. Wir haben schon eine recht umfangreiche schriftliche Stellungnahme eingereicht, von der ich natürlich in den vorgesehenen fünf Minuten nur noch auf einzelne Aspekte eingehen kann. Ich wollte jedoch am Anfang gleich auf einen Punkt hinweisen: In der schriftlichen Stellungnahme ist im Zuge von Umformatierungen leider auf Seite vier, in der Antwort auf Frage eins, ein Absatz rausgefallen, wodurch der Folgeabsatz dann nicht mehr verständlich ist. Und zwar geht es da um ein ermordetes Ehepaar, die der chaldäisch-christlichen Minderheit angehörte, das Ehepaar Diril. Die beiden sind oder waren seit dem 11. Januar 2020 verschwunden aus ihrem im Südosten der Türkei in der Provinz Şırnak [gelegenen Dorf]. Die Umstände sind nicht bekannt. Am 20. März 2020 wurde die Leiche der Frau, der 65-jährigen Şimuni Diril, ganz in der Nähe des Dorfes gefunden und zwar an einer Stelle, wo schon vorher mehrfach gesucht worden war. Auch die Autopsie hat gezeigt, dass sie nicht an der Stelle getötet wurde. Von dem 72-jährigen



Mann, Hurmüz Diril fehlt nach wie vor jede Spur. Das wollte ich jetzt einfügen, weil in der schriftlichen Stellungnahme sonst da eine Lücke besteht. Noch einmal zu der Geschichte. Es ist nach wie vor ungeklärt, wer für das Verschwinden und die Ermordung der Frau – man muss befürchten auch des Mannes – verantwortlich ist. Aber in dem Dorf waren Christen, die in den 1990er Jahren geflohen waren. Sie hatten begonnen zurückzukehren und diese Rückkehrer wurden massiv bedroht und unter Druck gesetzt. Und viele, die zum Beispiel auch aus Deutschland zurückgekehrt waren, haben es daraufhin aufgegeben, sich wieder dort anzusiedeln. Auf einen weiteren Aspekt wollte ich noch eingehen: Im Gegensatz zu den tatsächlich schwersten Menschenrechtsverletzungen in diversen Bereichen fällt es auf, dass die Regierung sehr bemüht ist, einen gegenteiligen Eindruck zu erwecken und zwar zuletzt in ihrem Aktionsplan Menschenrechte, auf den wir in der Stellungnahme ausführlich eingegangen sind, und wo zum Beispiel zum Thema Folter Staatspräsident Erdoğan in seiner Ankündigungsrede erklärt hatte, die Türkei praktiziere eine Null-Toleranz-Politik gegenüber der Folter und dadurch gehöre das Problem der Folter der Vergangenheit an. In der Realität hat die Folter in den letzten Jahren jedoch sowohl quantitativ also auch in der Brutalität deutlich zugenommen. Die Menschenrechtsstiftung der Türkei dokumentiert in ihren Tagesberichten Menschenrechtsverletzungen und wir erhalten da nahezu täglich Berichte über Folterungen sowohl in Polizeistationen als auch in den Gefängnissen als auch außerhalb von Haftorten und direkt bei Festnahmen. In den letzten Jahren lagen die Zahlen bei rund 1.000 Folterfällen pro Jahr, wobei man natürlich sagen muss, dass die Dunkelziffer erheblich höher liegt, da viele Betroffene aus Angst vor weiteren Repressionen über Folterungen nicht berichten. Eine Strafverfolgung der Täter findet so gut wie nicht statt. Es wird nicht untersucht. Also von einer Null-Toleranz-Politik kann in keiner Weise die Rede sein. Aus diesen Erklärungen zu dem Menschenrechtsaktionsplan möchte ich jetzt nur noch auf einen weiteren Aspekt eingehen, den Bereich der Reformpläne für die Justiz. Da wird erklärt, die Unschuldsvermutung und das Recht vor Verurteilung nicht als schuldig gebrandmarkt

zu werden, solle verstärkt werden. Auch da ist genau das Gegenteil die Praxis. Es werden ständig Leute, gegen die Terrorvorwürfe erhoben werden, insbesondere vom Justizminister und vom Staatspräsidenten selbst über die Medien vorverurteilt. Sie haben das sicher auch noch alle im Fall von Deniz Yücel in Erinnerung, den Sie sicherlich auch intensiv verfolgt haben, und der vor einer Verurteilung von Erdoğan persönlich als Agent und Terrorist bezeichnet wurde. Ein weiterer Punkt ist, dass die Verteidigungsrechte gestärkt werden sollen. Und zwar sollen die Parteien über die Anklageschriften sowie über Informationen, die später der Akte zugefügt wurden, informiert werden. Eigentlich eine absolute Selbstverständlichkeit. Aber ein weiteres Problem in diesem Zusammenhang wird da nicht angesprochen und zwar ist es so, dass es in der Türkei in Verfahren mit Terrorismusvorwürfen, die sehr breit gefasst sind, nahezu Routine ist, dass die Ermittlungen geheim geführt werden. Leute werden beschuldigt, werden teilweise inhaftiert, sitzen in Untersuchungshaft, aber die Vorwürfe werden überhaupt nicht deutlich gemacht. Die Anwälte bekommen keine Einsicht in die Ermittlungsakten bis zur Eröffnung des Hauptverfahrens und so war zum Beispiel Osman Kavala 400 Tage in Haft, ehe überhaupt eine Anklageschrift vorgelegt wurde und seine Anwälte damit Zugang zu den Ermittlungsakten und den konkreten Vorwürfen hatten. Dankeschön.

Die Vorsitzende: Herzlichen Dank. Der nächste Sachverständige, der zu uns sprechen wird, ist Can Dündar. Für diejenigen von Ihnen, die eine englische Übersetzung wünschen, liegt vor Ihnen ein Kopfhörer, den Sie benutzen können. Herr Dündar, Sie haben das Wort, bis zu fünf Minuten. Ich weise Sie darauf hin, wenn die Zeit langsam zum Ende kommt.

SV Can Dündar: Ich danke Ihnen, Frau Vorsitzende. Sehr geehrte Ausschussmitglieder, geladene Sachverständige und Vertreter der Öffentlichkeit, danke für die Einladung in den Ausschuss für Menschenrechte, und danke Ihnen, Frau Vorsitzende, für Ihren Appell an die Bundesregierung, mich dem Zugriff Erdoğan's zu entziehen und mir nach meiner Verurteilung zu



einer Haftstrafe von 27 Jahren sicheren Aufenthalt in Deutschland zu gewähren. Sie haben sich eingemischt und diese Forderung erhoben. Der Journalist, der nichts anderes tat, als die Wahrheit zu verteidigen, und als Terrorist angeklagt wurde, steht nun vor Ihnen und spricht zum Ausschuss für Menschenrechte hier im Bundestag. Das ist ein Treppenwitz der Geschichte und zugleich ein treffendes Beispiel dafür, was wir tagtäglich in der Türkei erleben. Die Welt wird Zeuge, wie dieses Land verlorenggeht. Ein Land, das einmal trotz seiner schwachen Demokratie Beitrittskandidat für die Europäische Union war. Das einzige säkulare, demokratische Land der islamischen Welt befindet sich nun in der Hand eines islamistischen Autokraten. Ich nenne Ihnen nur einige Beispiele allein aus der vergangenen Woche. Erst gestern ließ der Gouverneur von Istanbul ein Picknick von LGBTI-Aktivisten verbieten, während die Polizei eine Razzia gegen die in einem Park stattfindende Pride Week durchführte. Nur einen Tag zuvor hatte Erdoğan erklärt, es sei verboten, nach Mitternacht Musik zu machen. Das Verfassungsgericht hat das Verfahren zugelassen, mit dem die Auflösung der HDP (Halkların Demokratik Partisi, Demokratische Partei der Völker), der größten im Parlament vertretenen Oppositionspartei, angestrebt wird. Das Büro der HDP wurde von einem in Syrien ausgebildeten Scharfschützen angegriffen. Er tötete eine junge Frau, die sich in dem Büro aufhielt. Der Vorsitzende der MHP (Milliyetçi Hareket Partisi, Partei der Nationalistischen Bewegung), Bahçeli, ein politischer Verbündeter Erdoğan's, machte statt des Schützen das Opfer verantwortlich und rechtfertigte den Anschlag. Der Parteichef der CHP (Cumhuriyet Halk Partisi, Republikanische Volkspartei) warnte die seiner Partei angehörenden Bürgermeister vor weiteren provozierenden Anschlägen. Führen Sie sich ein Land vor Augen, in dem der wichtigste Oppositionsführer, Kılıçdaroğlu, im Jahr 2019 von einem wütenden Mob in der Öffentlichkeit angegriffen und beinahe getötet wurde. Die beiden Vorsitzenden der zweitgrößten Oppositionspartei, Demirtaş und Yüsekdağ, sind seit 2016 in Haft. Die Parteichefin der dritten Oppositionspartei, Akşener, brach ihren Besuch in der Schwarzmeerregion kurz nach einem Angriff einer regierungsnahen Gruppierung ab, woraufhin

Erdoğan erklärte, man habe ihr eine Lehre erteilt und das sei nicht die letzte gewesen. Sie werde sich bald nach diesen Zeiten zurücksehnen, fügte er hinzu. Und ich fürchte, er hat Recht. Da kommt noch mehr auf uns zu. Die Türkei befindet sich seit 2016 in einem nicht näher definierten Ausnahmezustand – es gilt das Kriegsrecht. Nach dem Putschversuch des Militärs, für Erdoğan ein Geschenk des Himmels, stimmten seine Anhänger für eine neue Verfassung, die ihn dazu ermächtigt, die Kontrolle über die Regierung, das Parlament, die Justiz zu übernehmen; zudem kontrolliert er die Medien, die Wissenschaft, das Kapital usw. Neben den zahlenmäßig starken Polizeikräften und der Armee schuf er sich eine eigene Miliz. Und dennoch verliert die islamistisch-nationalistische Koalition Tag für Tag an Macht. Fast alle Umfragen belegen die sinkende Zustimmung der Wähler und den Vertrauensverlust der Regierung. Erdoğan meint, er könne seine Macht durch Konfrontationspolitik im In- und Ausland retten. Er verschärft sein hartes Vorgehen Tag für Tag. Mehr als 60 Prozent der Menschen machen sich Gedanken darüber, wie sie diese gewalttätige Regierung loswerden können, und dies in einem Land, dessen demokratische Medien mundtot gemacht wurden. Die Fakten sind Ihnen größtenteils bekannt, daher muss ich gar nicht extra auf die inhaftierten Journalisten, die Zerschlagung demokratischer Institutionen, die Missachtung der Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte, den Austritt der Türkei aus der Istanbul-Konvention, die Unterdrückung von Lebensstilen usw. hinweisen. Falls Sie Fragen dazu haben, kann ich später näher darauf eingehen, genauso wie auf die neuen Anschuldigungen eines Mafiabosses bezüglich der grassierenden Korruption innerhalb der Regierung und auf die Rolle der Türkei im Syrien-Krieg. Mein Augenmerk liegt an dieser Stelle auf der stillschweigenden Einwilligung Europas. Mit großer Enttäuschung haben wir die Beschwichtigungspolitik, wenn nicht gar die Unterstützung Erdoğan's durch Europa mitansehen müssen. In den vergangenen fünf Jahren hat er die Flüchtlinge als Verhandlungsmasse eingesetzt, um Europa zu erpressen. Und soweit wir sehen, funktioniert das ausgezeichnet. Europa als Ganzes und Deutschland im Besonderen scheinen bereit zu sein, Kompromisse mit Erdoğan zu schließen,



solange er den Flüchtlingen in der Türkei Zuflucht gewährt. Sie haben vor der Zerschlagung des modernen türkischen Staats die Augen verschlossen, vor der Umformung einer weltlichen Demokratie in ein islamisches Regime. Erst gestern hat der deutsche Außenminister ein Update des Flüchtlingsabkommens mit Ankara gefordert und dazu erklärt: „Man muss anerkennen, dass das Land eine nicht unerhebliche Migrationslast für uns übernommen hat.“ Die Bundeskanzlerin pflichtete ihm später bei. Nach meinem ersten Eindruck hätte das ein-zu-eins aus der Presseerklärung der AKP stammen können. Kennt der Herr Minister den Preis für diese Last der Türkei? Welchen Schaden sie der türkischen Wirtschaft zugefügt hat? Wie verheerend sie sich auf die türkische Gesellschaft auswirkt? Wie sehr Erdoğan an Macht gewonnen hat, indem er Flüchtlinge als Geiseln einsetzt? Wie viele Menschen bitter enttäuscht waren, die Bundesregierung an der Seite Erdoğan's zu sehen statt an der Seite der demokratischen Kräfte in der Türkei? Deniz Yücel hat unlängst 25 große deutsche Unternehmen mit Investitionsvorhaben in der Türkei zu ihrer Einschätzung befragt, wie stark die Demokratie dort gefährdet sei. Die wichtigsten Unternehmen lehnten es ab, zu dieser Frage Stellung zu nehmen. Die Türkei wird als unverzichtbarer militärischer Verbündeter angesehen, als wichtiger Wirtschaftsstandort, als solventer Kunde beim Waffenhandel, als sonniges Reiseziel, nicht jedoch als Land, dessen Volk eine demokratische, weltliche, moderne, den Frieden sichernde Staatsordnung verdient hätte. Haben Sie vielen Dank.*

Die **Vorsitzende**: Die nächste Sachverständige, die zu uns sprechen wird, ist Laila Mirzo.

SVe **Laila Mirzo**: Vielen Dank. Sehr geehrte Frau Vorsitzende, liebe Abgeordnete, liebe Zuschauer, in der Türkei hat der Demokratisierungsprozess in den letzten Jahren quasi den Rückwärtsgang eingelegt. Der ehemalige EU-Beitrittskandidat und Musterschüler ist leider zum Krawallmacher geworden. Und seit der Regierungsverantwortung von Präsident Recep Tayyip Erdoğan wird das Parlament Schritt für Schritt entmachtet, die Gewaltenteilung aufgeweicht, die Pressefreiheit eingeschränkt und viele Grundrechte untergraben.

Die Weltgemeinschaft darf aber nicht wegschauen, denn Erdoğan ist ein Islamist. Er lässt kaum eine Gelegenheit aus, den Rabia-Gruß in die Kameras zu halten. Dieser Gruß ist das Symbol der islamischen Muslimbrüder. Erdoğan hat auch nie ein Geheimnis um seine politisch-religiöse Agenda gemacht. Als er zum Beispiel 1998 das Zitat aus dem Gedicht von Ziya Gökalp zitierte „Die Demokratie ist nur der Zug, auf den wir aufsteigen, bis wir am Ziel sind“, offenbarte er schon damals seine politischen Ambitionen. Erdoğan ist ein Islamist und ein Nationalist. Er strebt eine religiöse Verfassung an und macht auch keinen Hehl mehr aus seinen Großmachtfantasien. Sein Einmarsch in Nordsyrien, im Nordirak, in Libyen, seine militärischen Provokationen gegenüber Griechenland sind nur ein Vorspiel. Erdoğan träumt den osmanischen Traum und möchte am liebsten am Vertrag von Lausanne rütteln, dem Vertrag, der 1923 die Grenzen zwischen Griechenland und der Türkei festschrieb. In seiner Rede im Oktober 2016 meinte Erdoğan: „Wir haben unsere Grenzen nicht freiwillig akzeptiert. Unsere Gründungsväter wurden außerhalb dieser Grenzen geboren.“ Erdoğan will die Türkei zur alten Größe und Macht zurückführen und er will die Türkei reislamisieren. Zu den Umbauplänen gehört auch die Installierung einer sogenannten zivilen Verfassung zum Jahr 2023, das Jahr, in dem die Türkei 100 Jahre Republikgründung feiert. Doch die Republik wird eine andere sein, als sie der Gründervater Mustafa Kemal Atatürk hinterlassen hat. Das Prinzip des Laizismus, welches das Land in die Moderne führen sollte, wird von der AKP systematisch unterminiert. Der Säkularismus soll sogar aus der Verfassung gestrichen werden. In der Türkei galt gemäß dem laizistischen Staatsmodell ein striktes Kopftuchverbot in Schulen, Universitäten und staatlichen Institutionen. Jetzt dürfen Mädchen ab der Sekundarstufe auf staatlichen Schulen das Kopftuch tragen. Auch in den Universitäten hat das Kopftuch Einzug erhalten. Das Kopftuch ist aber kein harmloses Stück Stoff. Das Kopftuch ist die Visitenkarte der Scharia. So ist das ultimative Symbol für die Unterdrückung der Frauen und Mädchen in die sensiblen Bereiche von Bildung und Erziehung eingezogen. Die schrittweise Islamisierung der Türkei bedroht insbesondere die Kinderrechte. 2018 hat die türkische



Religionsbehörde Diyanet ein Gutachten veröffentlicht, das besagt, Mädchen seien bereits ab einem Alter von neun Jahren und Jungen ab einem Alter von zwölf Jahren heiratsfähig. Zwar wurde der Vorschlag aufgrund von Protesten zurückgenommen. Es ist aber klar abzusehen, wo die Reise hingehet. Die Scharia soll stärker in die Rechtsprechung eingeflochten werden. So wurde im April 2020 ein Gesetzesentwurf angenommen, der Kindesmissbrauch quasi legalisiert. Wer ein minderjähriges Mädchen über 15 Jahre vergewaltigt, geht straffrei aus, wenn er später sein Opfer heiratet. Zwar soll die Ehe einvernehmlich vonstattengehen, wer aber die Lebensrealität in den islamischen religiösen Familien kennt, der weiß, dass die Mädchen keine Wahl haben. Die Erosion der Menschenrechte geht weiter. Erdoğan hat angekündigt, zum 1. Juli aus der Istanbul-Konvention auszutreten. 2011 hatte die Türkei das völkerrechtlich bindende Frauenschutzabkommen unterzeichnet, doch unter dem Druck religiös-konservativer Kräfte steigt Erdoğan nun aus. Man sehe den häuslichen Frieden durch aufsässige Frauen gefährdet. Übergriffe gegen Frauen seien Privatsache. Meine Damen und Herren, der Austritt aus der Istanbul-Konvention ist eine klare Botschaft an die islamistischen Hardliner. Es besagt, wenn deine Frau nicht gehorcht, dann darfst du sie bestrafen. Beziehungstaten sind freilich nicht kulturell bedingt. Auch deutsche Männer schlagen ihre Frauen, es kommt zu Morden innerhalb der Beziehung. Der Unterschied aber zwischen einer Beziehungstat und einem Ehrenmord ist die Akzeptanz innerhalb der islamischen Gesellschaft und vor allem auch ihre religiöse Legitimation. Angesichts der aktuellen Menschenrechtsverletzungen in der Türkei empfehle ich der Bundesregierung, Sanktionen gegen Ankara zu prüfen. Moralische Vorverurteilungen sind leider reine Floskeln. Damit ist den Menschen nicht geholfen. Danke.

Die **Vorsitzende**: Herzlichen Dank. Als nächster Sachverständiger spricht Professor Dr. Dr. Schirmmacher.

SV Prof. Dr. Dr. **Thomas Schirmmacher**: Ich bin für meinen Kollegen eingesprungen. Sein Gutachten ist, ähnlich wie das von Amnesty International,

zwar nicht vollständig und vollkommen, aber doch sehr ausführlich, und das will ich nicht alles wiederholen. Er ist sehr stark auf das Recht von Minderheiten und Religionsfreiheit eingegangen. Ein kurzes Wort zu mir selbst. Ich habe meine ersten Erfahrungen mit der Türkei gemacht, als wir 1985 in unserem Verlag eine kurdische Grammatik veröffentlicht haben und wir viel mit Kurden aller Sprachen, hier in Deutschland, zu tun hatten. Damals ist, in Verkennung unserer rechtlichen Realität, ein Schreiben bei unserem Bundespräsidenten eingegangen, er möchte doch bitte unseren Verlag schließen. Wir fanden uns in türkischen Zeitungen als CIA-Agenten wieder. Ich könnte jetzt eine Menge erzählen. Das ist mein eigener Erfahrungsbereich, sehr konkret im kirchlichen Bereich und in der internationalen Gesellschaft für Menschenrechte. Ich möchte drei Punkte ganz kurz anreißen, die insbesondere ethnische und religiöse Minderheiten betreffen. Zum einen kenne ich aus vielen Gesprächen die Tragik, dass es eigentlich keine wirkliche Alternative gibt. Das heißt, das, was vorher da war und was man jetzt säkular nennt, war auch keine freie Gesellschaft. Es ist angesprochen worden: Man durfte kein Kopftuch im Amt tragen. Ich will das Thema gar nicht groß thematisieren. Aber es ist die Frage, ob eine zwangsweise Unterdrückung von religiösen Äußerungen durch den Staat nicht irgendwann dann oft wieder zum Gegenteil führt und ob man das nicht nüchtern sehen muss. Manchmal wird die Vorzeit etwas glorifiziert. Ich weiß von den Kirchen in der Türkei, dass für sie die Tragik darin besteht, dass sie, wenn sie einen Teil der Opposition wählen, und sich damit vielleicht zurückholen, was vor Erdoğan war, sie auch nicht besser dran sind oder manchmal auch schlechter. Das gilt nicht ganz für die ethnische Frage, weil es da natürlich als Alternative die HDP aus dem kurdischen Bereich gibt. Die ist aber natürlich mit ihrer ganz eigenen Problematik behaftet. Trotzdem ist es gar keine Frage, dass viele Christen deswegen die HDP wählen, weil sie da wenigstens eine Alternative sehen, dass ethnische Minderheiten, sprachliche Minderheiten, religiöse Minderheiten eine Schnittstelle bekommen. Als die MHP in die Koalition mit der AKP ging, wurde ganz offensichtlich, in wie vielen Punkten man sich einig ist. Ich denke, das ist eine echte Tragödie, dass man noch nicht einmal eine halbwegs stabile Opposition hat, die



all diese Dinge wirklich von Grund auf ändern will, selbst wenn die dann vielleicht keine Mehrheit bekommt. Ich denke, es ist auch eine wesentliche Aufgabe der demokratischen Parteien bei uns hier in Deutschland darauf einzuwirken, dass entweder die existierenden Parteien eine andere Marschrichtung wählen oder aber Mut gemacht wird zu neuen Parteien, die dann auch diese Alternativen wollen. Großes Thema. Zweitens, für mich eine ganz große Tragik: Die Türkei infiziert mit ihrem Kurs ein Land nach dem anderen. An Zypern haben wir uns schon gewöhnt. Aber die ganze Dramatik, die die ethnische Spannung, aber auch religiöse Spannung herbeiführt, würde schlicht und einfach so nicht existieren, wenn die Türkei das nicht geschaffen und über Jahrzehnte warm gehalten hätte. Man hat sich fast schon dran gewöhnt. Die Türkei transportiert das in ein Land nach dem anderen: Nordirak, Syrien, Nordsyrien, Libyen, neuerdings Armenien, Aserbaidschan – wieder ein Konflikt. Die Tragik ist, es kommen ethnische Spannungen hinten nach, es kommen religiöse Spannungen hinten nach, selbst da, wo die Bevölkerung gar nicht besonders religiös aktiv ist. Aber darin hat Erdoğan auch in der Türkei schon große Übung, Leute, denen Religion in ihren Alltag nicht viel bedeutet, politisch zu motivieren. Das hat verheerende Folgen für die Lage der Frauen in all diesen Ländern. In all diesen Ländern wird immer, wenn die Türkei sich einmischt, auch die Lage der Frauen viel schlimmer – da wo er Krieg führt, ganz unmittelbar, weil Vergewaltigungen und Misshandlungen von Frauen zum Kriegsalltag gehören. Das führt nicht nur dazu, dass unmittelbar Verbrechen begangen werden, sondern die Gesamtstimmung ist so, dass daneben scheinbar harmlosere Formen von Gewalt, etwa in der Familie, fast zu verschwinden scheinen. Das sollten wir unbedingt bedenken, dass ein Konfliktherd nach dem anderen aufgetan wird und die ganze Region damit infiziert wird, dass aus ethnischen Spannungen, aus religiösen Spannungen und aus der Lage der Frauen Kapital geschlagen wird. Das betrifft natürlich die Jesiden, die Aleviten. Sie kennen alle diese Gruppen. In den Gutachten sind alle aufgeführt, die religiös besonders betroffen sind, die christlichen Kirchen, die alteingesessenen wie die ganz neuen, die dazugekommen sind. Es betrifft aber genauso

die ethnische Seite, die Sprachfrage. Ich bin gestartet mit der Thematik „Kurdisch“. Das ist natürlich so dramatisch wie eh und je. Deswegen ist das, was wir tun, wichtig, weil es längst nicht mehr nur die Türkei betrifft, sondern ein Infektionsherd für ein Land nach dem anderen ist. Dankeschön.

Die Vorsitzende: Herzlichen Dank. Als nächsten Sachverständigen hören wir Herrn Dr. Seufert.

SV Dr. Günter Seufert: Guten Tag und Danke für die Einladung. Ich habe mich in meiner kurzen Stellungnahme auf zwei Fragen konzentriert, nämlich auf die Fragen Nummer sieben und Nummer acht. Die Frage Nummer sieben ist unterteilt in zwei Subfragen: „Welche Auswirkungen hatte der fehlgeschlagene Putschversuch vom Juli 2016 und die Einführung des Präsidialsystems 2017?“ und „Wie beurteilen Sie die Rolle der Justiz und die richterliche Unabhängigkeit von der Exekutiven?“ Um es gleich zusammenfassend zu sagen: Die Säuberungen in der Bürokratie und in der Justiz direkt nach dem fehlgeschlagenen Putsch waren richterlicher Kontrolle entzogen und haben die Besetzung der Gerichte im Sinne der Regierung verändert. Der Staatspräsident hat entscheidenden Einfluss auf die Zusammensetzung des Verfassungsgerichts und des Rates der Richter und Staatsanwälte. Er kann über diesen Rat jederzeit Einflussnahme auf die Besetzung der Gerichte erster und zweiter Instanz ausüben. Und die Regierung hat die Möglichkeit, direkt auf die Zusammensetzung von Kammern und dadurch auf die aktuelle Urteilsfindung einzuwirken. All dies macht es unmöglich, davon zu sprechen, dass die Unabhängigkeit der Justiz von der Regierung in der Türkei gewährleistet sei. Ganz kurz einige Einzelheiten dazu: Der Putschversuch bzw. die Säuberungen nach dem Putschversuch haben dazu geführt, dass 4.000 Richter entlassen worden sind. 7.000 Neueinstellungen hat es gegeben, meistens, wie von früheren Richtern gesagt wird, Parteigänger der AKP und des inoffiziellen Partners der Regierungspartei, der rechtsextremen MHP. Eine Woche nach dem Putsch wurden mit einer Änderung des Gesetzes Nummer 6723 die Richter der beiden höchsten Gerichte nach dem Verfassungsgericht, des Staatsrates und des



Kassationsgerichtshof, allesamt entlassen und innerhalb von vier Stunden neue Richter berufen. Das zeigt, dass Listen vorbereitet waren und die Besetzung dieser hohen Gerichte ganz im Sinne der Regierung erfolgte. Mit der Einführung des Präsidialsystems hat Erdoğan, der Staatspräsident, durch die Tatsache, dass er gleichzeitig auch Vorsitzender der stärksten Partei im Parlament ist, die Möglichkeit sowohl die Zusammensetzung des Verfassungsgerichts zu bestimmen als auch die Zusammensetzung des Rates der Richter und Staatsanwälte, der die Karrieren der Richterschaft in den niedrigen Gerichten bestimmt. Weil er als Staatspräsident eine ganze Reihe von Richtern ernennen kann und weil das Parlament notfalls im dritten Wahlgang mit einfacher Mehrheit den Rest der Richter ernennen kann, hat die Regierung praktisch Zugriff auf die Zusammensetzung der Gerichte. Die Frage Nummer 8 enthält ebenfalls zwei Unterfragen: „Wie beeinflusst die Instrumentalisierung der Justiz den politischen Prozess und den Spielraum der Opposition? Wie beurteilen Sie den Umgang der Türkei mit den Entscheidungen des Europäischen Gerichts für Menschenrechte und die Entwicklung der Terrorgesetzgebung?“ Vielleicht ganz kurz dazu erst einmal die Zusammenfassung. Die Maßnahmen der Regierung und der Übergang zum Präsidialsystem haben nicht nur die Macht der Exekutive in einer Person vereint, sondern die Gewaltenteilung aufgehoben. Sie bilden den institutionellen und politischen Hintergrund für den dramatischen Rückbau des Rechtsstaates in der Türkei mit verheerenden Auswirkungen auf die Achtung der politischen Rechte und der Menschenrechte. Die Instrumentalisierung der Justiz durch die Regierung bedroht nicht nur die Rechte des Einzelnen, sondern sie verdrängt den Raum für legales politisches Handeln dramatisch, beschneidet die Rechte jeglicher politischer und gesellschaftlicher Opposition und schließt Kanäle für effektive politische Partizipation. Wie die Instrumentalisierung der Justiz im politischen Prozess erfolgt, zeigt sich exemplarisch an der jüngsten Anklage des Generalstaatsanwalts zum Verbot der prokurdischen Partei HDP. Wir sehen da einige Punkte, die wir in ganz vielen Anwendungen oder in ganz vielen Prozessen sehen, in denen die Justiz instrumentalisiert wird. Wir sehen zum einen, dass die Justiz praktisch auf einen Wink, praktisch auf einen Befehl oder auf

eine Anweisung der Regierung tätig wird. So ist das bei dem Verbotsantrag gewesen, wo der Vorsitzende der rechtsextremen Partei erst gesagt hat, er fordere das Verbot und dann drei Monate später auch die Klage eingereicht worden ist. Wir sehen, dass die Sachlage die geringste Rolle in dem Fortgang dieser Prozesse spielt. Wir sehen ein unheimlich niedriges Niveau in den Anklageschriften, wo uns waghalsige Rechtskonstruktionen begegnen. Wir sehen gleichzeitig eine Schelte der Gerichte durch die Regierung, durch den Staatspräsidenten, wenn diese nicht im Sinne der Regierung entscheiden. Und das öffnet das Tor dafür, dass die Gerichte, selbst niedrige Gerichte, die Urteile des Verfassungsgerichts nicht mehr anerkennen. Und wenn das der Fall ist, dann dürfen wir uns nicht wundern, dass die Gerichte auch die Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte nicht mehr anerkennen, und ich denke, dass wir da weitere Fälle in der Zukunft sehen werden.

Die Vorsitzende: Herzlichen Dank. Last but not least, in der Sachverständigenrunde ist jetzt Düzen Tekkal dran.

Sve Düzen Tekkal: Herzlichen Dank für die Einladung. Es sind gemischte Gefühle, mit denen ich hier sitze. Das hat natürlich mit dem Thema zu tun. Über die Menschenrechtsverletzungen in der Türkei zu sprechen als Jesidin, als Kurdin, als Frau und inzwischen auch als Europäerin, ist nie einfach, weil du nie nur für dich, sondern auch immer für deine Angehörigen sprichst. Das zeigt auch noch einmal ganz deutlich, warum dieser Ausschuss zu diesem Thema von so großer Bedeutung ist. Sehr geehrte Frauen und Herren Abgeordnete, in der Stadt Diyarbakır im Südosten der Türkei liegen meine Vorfahren begraben. Die Türkei ist für mich Großmutterboden, Großvaterboden, Urgroßmutterboden und Urgroßvaterboden. Ich frage Sie, wie kann ich eine Feindin eines Landes sein, das die sterblichen Überreste meiner Angehörigen birgt. Denn so werde ich von einigen Medien in der Türkei tituliert: Türkeifeindin. Um zu verstehen, woher der Wind weht: 95 Prozent der Medien in der Türkei berichten im Sinne der amtierenden AKP/MHP-Regierung. Es gibt dort de facto keinen



unabhängigen, unparteiischen Journalismus mehr. Es ist ein weitverbreitetes Missverständnis, dass wer kritisiert, auch schonungslos kritisiert, den Gegenstand seiner Kritik nicht liebt. Bin ich eine Kritikerin der politischen Lage der Türkei? Ja! Bin ich eine erbitterte Feindin des Landes?

Entschieden nein! Ich kann das nicht sein. Dafür liebe ich das Herkunftsland meiner Eltern viel zu sehr. Und das hat auch etwas mit der Geschichte meiner Vorfahren zu tun. Ich möchte Ihnen einfach ein Beispiel aus dem Dorf nennen, aus dem meine Eltern und Vorfahren kommen. Das ist Çınar, in der Nähe von Diyarbakır an der türkisch-syrischen Grenze. Dort haben seit Jahrhunderten Jesiden und Muslime miteinander, nebeneinander gemeinsam gelebt, mal besser, mal schlechter. Als Angehörige der Religionsgemeinschaft der Jesiden warst du das letzte Glied in der Kette. Du wurdest als Häretikerin bezeichnet, als

Nichtschriftbesitzerin drohte dir der Tod. Das heißt, wenn man rausgegangen ist, auch als Frau, drohte man entführt und vergewaltigt zu werden. Hätten wir nicht die Muslime gehabt, die die schützende Hand über die Jesiden halten, dann hätte es uns nicht mehr gegeben. Als Kriegsberichterstatteerin habe ich gelernt, dass die Problematik nicht schwarz oder weiß ist, sondern dass sie immer mit Grautönen versehen ist und deswegen müssen wir diese Geschichten auch häufiger erzählen. Die Geschichten der Großgrundbesitzerfamilie muslimischer Herkunft, sunnitisch-muslimisch, die seit Jahrhunderten die schützende Hand über meine Vorfahren gelegt hat. Und deswegen dürfen wir nicht zulassen, dass Erdoğan genau diese Menschen gegeneinander aufhetzt und spaltet. In den letzten Jahren mussten wir zahlreiche

Menschenrechtsverletzungen in der Türkei beobachten. Die Zahl der Asylanträge von türkischen Staatsbürgern ist seither auf 35.000 angestiegen, Can Dündar ist einer von ihnen. Tausende Oppositionelle leben inzwischen im Exil in Deutschland. Ihnen allen muss unsere Solidarität gelten, auch jenen in der Türkei Inhaftierten – Gültan Kışanak, Selahattin Demirtaş, Osman Kavala, Figen Yükseskağ und so vielen anderen. Über Gültan Kışanak würde ich Ihnen gerne mehr erzählen. Ich traf sie persönlich 2014, als die IS-Mörderbanden in den Irak, in Syrien und teilweise auch in die Türkei eingefallen sind. Damals war sie stellvertretende

Bürgermeisterin von Diyarbakır. Ich war beeindruckt von ihrem Engagement im Kampf gegen den sogenannten Islamischen Staat. Wie eine Löwin hat sie sich mit denjenigen angelegt, die den Menschen, die von dem IS in Kobane belagert wurden und aus der Stadt geflohen sind, Hilfe verweigerten. Seit 2016 sitzt diese mutige Frauenrechtlerin und Politikerin im Gefängnis. Sie wurde 2019 wegen – Sie dürfen dreimal raten – Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung zu 14 Jahren und drei Monaten Haft verurteilt. Meine Damen und Herren, es sitzen die falschen im Gefängnis. Die Demokratie in der Türkei existiert nur noch auf dem Papier. De facto ist die Gewaltenteilung aufgehoben. Die Gerichte sind nicht unabhängig. Das zeigen uns die jüngsten aktuellen Ereignisse. Das Verfassungsgericht hat diese Woche die Verbotklage der Regierung gegen die Partei HDP angenommen. Wer die HDP kriminalisiert, bedroht den inneren Frieden im Land. Im Verbotsantrag werden die Opfer des Selbstmordanschlags von Suruç im Jahr 2016 als Terroristen bezeichnet. Damals hatte sich ein Attentäter in einer Gruppe Jugendlicher, die Spielzeug nach Kobane gebracht haben, in die Luft gesprengt. 34 Menschen starben, 76 wurden schwer verletzt. Derzeit leben insbesondere HDP-Politikerinnen in der Türkei gefährlich. Für dieselbe menschenrechtsgeleitete Arbeit, die wir hier machen, werden sie dort getötet. Jüngstes Beispiel, Herr Dündar hat es erwähnt, die 37-jährige Deniz Poyraz. Sie wurde vorige Woche von einem Grauen-Wölfe-Anhänger in Izmir ermordet. Nachdem ich auf Social-Media über diesen kaltblütigen Anschlag berichte, bekomme ich Morddrohungen von deutschen Grauen Wölfen. Typischer Tenor für eine rechtsextreme Gesinnung: „Wie schade, dass ihr nur zusehen könnt. Ihr werdet alle noch drankommen. Mach dir keine Sorgen, vielleicht bist du die Nächste.“. Diese antisemitisch völkisch nationalistische Bewegung treibt ihr Unwesen auch in Deutschland. Wir reden über 18.500 Anhänger. Sie wird vom Verfassungsschutz beobachtet. Dem parteiübergreifenden Beschluss des Bundestages muss nun die Umsetzung des Verbots folgen – zum Schutze aller Kritiker. Ich übergehe jetzt ein paar Themen, weil ich mit der Zeit nicht mehr hinterher komme. Ich kann es nicht anders sagen: Es brennt in der Türkei und auch hier in



Deutschland müssen wir wachsam sein. Deutschland darf nicht länger zu diesen Menschenrechtsverletzungen und den Einschränkung von Grundfreiheiten schweigen. Die Bundesregierung muss sich an die Seite der demokratisch gesinnten Zivilbevölkerung der Türkei stellen. Das gelingt ihr in Belarus doch auch. Warum nicht auch für die Türkei? Warum nicht auch für Syrien? Unmissverständlich in Richtung Ankara klar machen: Menschen- und Freiheitsrechte aller Menschen in der Türkei müssen anerkannt und geschützt werden. An die Freundinnen und Freunde in der Türkei: Liebe Freunde, ihr seid nicht alleine. Wir sehen euch, haltet durch.

Die **Vorsitzende**: Herzlichen Dank. Wir sind am Ende der Expertinnen- und Expertenrunde und starten jetzt in die Fraktionsrunde. Und ich schaue einmal zur Union, wer die erste Frage stellen wird. Frank Heinrich, bis zwei Minuten und bis zu zwei Sachverständige.

Abg. **Frank Heinrich** (Chemnitz) (CDU/GSU): Ganz herzlichen Dank. Ich bin einfach beeindruckt, aber das ist öfter in solchen Anhörungen so. Wir haben uns das Thema selbst gewählt, insofern auch Danke an DIE LINKE., dass das noch einmal so hochgeholt wurde. Ich möchte Ihnen, Frau Dietert, einige kurze Fragen stellen. Sie haben einige Feststellungen auch im Bericht von Amnesty geschrieben. Sie haben auch vorhin gesagt, es gibt da diesen Widerspruch: Einerseits die Null-Toleranz und in der Realität sieht es ganz anders aus. Ich frage mich an der Stelle: Glauben Sie, dass die Regierung da einfach geradeaus durchmarschiert, weil es ihr egal ist, was die Bevölkerung denkt, oder nimmt sie das wirklich als Augensalbe, um der Öffentlichkeit zu sagen, wir machen doch eigentlich alles – Verabschiedung des Aktionsplanes auf der einen Seite und auf der anderen Seite Austritt. Das zweite ist: Wie können wir denn die Zivilgesellschaft stärken? Herr Dündar hat darauf hingewiesen. Wie können Sie sich vorstellen – wir haben das gerade von Frau Tekkal gehört: Solidaritätsbekundung ist eins, aber wir als Regierung sollten vielleicht einen Tick mehr machen. Ich würde noch gerne in Bezug auf Journalisten wissen: Ist das auf reinen Druck und

damit Kauf des Journalismus durch die Regierung [zurückzuführen] oder ist das vorauseilender Gehorsam? Und von Ihnen will ich noch gerne wissen, die Rolle der PKK bzw. die deutsche Reaktion: Was empfehlen Sie uns, in welche Richtung [sollen wir] tendieren? Und Professor Dr. Schirrmacher: Der Laizismus ist lange auf der Strecke geblieben, der immer plakativ auch so genannt wurde. Wo ist das unter die Räder gekommen und wie können wir auch – Frau Çalıskan hat am Anfang gesagt, wie wir Frauen unterstützen können –, aber wie können wir Religion oder die, die unter die Räder kommen, tatsächlich unterstützen? Sie sagten vorhin, es wäre gut, wenn wir von hier aus Mut machen, andere Parteien unterstützen. Aber wie sollte Religions- und Weltanschauungsfreiheit in der Türkei von uns aus gestärkt werden?

Die **Vorsitzende**: Vielen Dank, Herr Heinrich. Frau Dietert, Sie haben das Wort und für die Beantwortung bis zu vier Minuten Zeit.

Sve **Amke Dietert**: Dankeschön, das waren jetzt erst einmal viele Fragen auf einmal. Ich fange mit der Frage zu dem Journalismus an. Wir wissen, es hat in der Türkei nach dem Putschversuch 2016 teilweise über 100 Journalisten in Haft gegeben. Jetzt liegen die Zahlen, die von entsprechenden Institutionen veröffentlicht wurden, bei 67, die in Haft sind, aber natürlich erheblich mehr, die angeklagt sind. Aber zu dem Problem insgesamt: Die Einschränkung des Journalismus hat verschiedene Faktoren. Der eine Punkt ist natürlich die Kriminalisierung von Kritik. Es reicht, was ein Journalist zum Beispiel über Vorfälle von Menschenrechtsverletzungen berichtet, um Festgenommen zu werden, angeklagt zu werden. Es ist ein Muster, dass die Anklagen in der Türkei heute fast immer entweder auf „Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung“ oder „Unterstützung einer terroristischen Vereinigung“ oder „Propaganda“ lauten. Vier Journalistinnen und Journalisten waren ein halbes Jahr in Untersuchungshaft und sind weiterhin angeklagt wegen Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung. Was sie gemacht haben war, über einen Fall von schwerer Folter zu berichten. Das wird natürlich in der Anklage nicht so



geschrieben. Aber das wird dann konstruiert, um Leute mundtot zu machen. Das schreckt natürlich ab. Gerade aus den kurdischen Gebieten gibt es immer weniger Berichte, weil der, der berichtet, gefährdet ist. Auf der anderen Seite ist es so, dass von der Regierung organisiert wurde, dass im großen Stil auch ganze Medienunternehmen gekauft wurden von Regierungsanhängern. Medienunternehmen, die nicht direkt auf Regierungslinie waren, wurden teilweise mit konstruierten Vorwürfen von Steuervergehen mundtot gemacht oder auf diese Weise gezwungen aufzugeben. Im ganzen Bereich Fernsehen das natürlich viel mehr gesehen wird als die Printmedien, ist alles in staatlicher Hand. Also es ist eine Mischung daraus, dass einerseits die Strukturen beeinflusst werden, so dass überhaupt nur noch die staatsnahen Medien da sind, und Einschüchterung. Zum Thema PKK und deutsche Politik – das ist ein schwieriger Komplex. Ich denke, einen Punkt muss man da sehen. Bei aller Kritik an der PKK und auch Ablehnung von Methoden der Gewalt: Es ist so, dass Jahrzehnte vorher in der Türkei Kurden für sämtliche Bemühungen um eine friedliche Wahrnehmung von Rechten, Einsatz für demokratische Rechte, für kulturelle Rechte systematisch verfolgt wurden. Also Verfolgung, Prozesse in den Sechziger und Siebziger Jahren, so dass es – ich will das nicht rechtfertigen – politisch gesehen keine Überraschung ist, dass dann bewaffnete Organisationen und Gewalt kommen. Auf der anderen Seite: Abgesehen von der Gewalt muss man natürlich auch sehen, dass die PKK als solches eine total autoritäre Organisation ist, die auch andere Meinungen nicht respektiert. Aber auf der anderen Seite ist es so: Die PKK, das sind nicht nur Kämpfer in den Bergen, sondern sie werden natürlich auch von einer breiten Bewegung unterstützt, was nicht heißt, dass die Leute alle für Gewalt sind, aber dass sie in der PKK ihre politische Vertretung sehen. Von daher ist es auch so, dass wir immer das Problem zum Beispiel auch in Asylverfahren haben, dass es Vorwürfe von Terrorismus gibt, die in der Türkei erhoben werden und die vom Bundesamt, teilweise auch von den Gerichten kritiklos übernommen werden und dass da überhaupt nicht differenziert wird. Also das ist eine sehr komplexe Sache und das muss man auch differenziert sehen, dass es bei diesen

Vorwürfen keineswegs immer um Gewaltvorwürfe geht, sondern um ein breites Spektrum, das eine politische Bewegung betrifft.

Die **Vorsitzende**: Dankeschön. Professor Dr. Schirmmacher hat das Wort, vier Minuten.

SV Prof. Dr. Dr. **Thomas Schirmmacher**: Wenn wir uns der Frage zuwenden, wie denn eine echte Veränderung aussehen kann, dann sind wir uns klar, dass Sanktionen und all diese Sachen eigentlich nur Schlimmeres verhindern können. Andernfalls müsste man irgendeine Methode, irgendeine Sanktion kennen, die Erdoğan zum freiwilligen Rücktritt bringt, und die gibt es natürlich nicht. Ich denke, das muss man ganz nüchtern sehen, wenn man die Zeit mit Erdoğan mit der Zeit vor Erdoğan vergleicht, dass das kein Anmarsch zu einer Demokratie war, der dann im Nachhinein von der Demokratie wieder weggeführt worden ist. Vorher hat es zwar völlig andere Vorzeichen gegeben und vorher hat Erdoğan im Gefängnis gesessen, was er bei uns auch nicht getan hätte für das, was damals war. Ich denke, das muss man im Gesamtpaket mit drin haben, dass es die Frage gibt, wie man eine Zivilgesellschaft aufbaut und wie man die Wähler erreicht. Und noch ist das Maß an Wahlbetrug in der Türkei vergleichsweise gering. Wenn jetzt plötzlich die Chance bestünde, dass Erdoğan die Wahl nicht gewinnt, bin ich mir sicher, dass er noch etliches in seinem Portfolio hat, um dann zu tricksen. Aber im Moment ist es nicht so, dass es eine Mehrheit der Bevölkerung gibt, die das alles nicht möchte und das nur bei der Wahl nicht ausdrücken kann. Da muss man ansetzen und da gehört zweierlei dazu: Die Frage, wie man an Menschen rankommt – das ist eine ähnliche Frage gewesen, nur etwas plumper damals, als die Amerikaner den Irak erobert haben und eine Demokratie installieren wollten und praktisch zwangsverordnet haben. Das hat noch nie irgendwo funktioniert. Und das zweite ist: Es gibt keine Demokratie ohne Parteien. Also muss man, wenn man Wähler gewinnen will, auch Parteien dafür haben, die das zum Programm machen. Und ich habe jetzt viel über die HDP gesprochen, habe auch mit vielen Funktionären gesprochen, die sich selbst noch bei so einem Thema wie völliger Religionsfreiheit verhältnismäßig schwer tun.



Obwohl das unter den Kurden natürlich eigentlich gegeben ist. Die Kurden sind so multireligiös, von ganz kleinen Religionen, die es nur unter den Kurden gibt, bis hin zu den beiden größten Weltreligionen ist ein Riesenpaket da. Erst recht gilt das natürlich für die säkulare Opposition zur CHP, die noch nie ihren Frieden mit der Geschichte gemacht hat. Das heißt, nur andersherum unterdrücken würden. Ich denke, es ist nötig, dass Parteien aus anderen Ländern, die für solche Dinge stehen, versuchen, Menschen in der Zivilgesellschaft zu helfen, solche Parteien aufzubauen, die natürlich erst einmal klein sind und klein anfangen müssen. Deutschland hat genau das, die Möglichkeit, institutionell auf solche Entwicklungen in anderen Ländern einzuwirken und das geht nur über Parteistiftungen, weil nur Parteien [anderen] Parteien helfen können, sich zu installieren. Das Auswärtige Amt kann nicht irgendwo Parteien installieren, aber eine demokratische Partei in unserem Land kann selbstverständlich etwas Ähnliches in einem Land machen. Das ist natürlich nichts, wo sich morgen irgendetwas ändert. Aber wenn man da nicht heute massiv rangeht, dann hat man auch nichts an der Hand, wenn Erdoğan zurücktritt oder zu alt ist oder stirbt. Dann hat man nichts, wo man anknüpfen kann.

Die **Vorsitzende**: Herzlichen Dank. Jürgen Braun hat jetzt für die AfD das Wort, zwei Minuten.

Abg. **Jürgen Braun** (AfD): Vielen Dank, Frau Vorsitzende, vielen Dank auch von Seiten der AfD-Fraktion an alle Experten. Sie haben hier zu einem sehr, sehr wichtigen Thema sehr differenzierte und sehr deutliche Bemerkungen gemacht, Informationen, die für unsere Arbeit von sehr großer Bedeutung sind. Das muss man wirklich sagen. Ich widerspreche gerade Professor Schirmacher sehr ungern, weil er eigentlich sehr vieles so ausdrückt, wie ich mir das auch vorstellen kann. Aber beim Thema Kopftuchverbot ehemals in der Türkei: Ich halte das nicht für ein religiöses Freiheitssymbol, sondern ich halte das im Gegenteil für ein Symbol der Unterdrückung von Meinungen und ein Machtsymbol zur Unterdrückung der Frau. Es würde mich auch interessieren, wie Sie, Frau

Mirzo, das als in Damaskus geborene syrische Kurdin sehen? Wie sehen Sie das Kopftuch, als was nehmen Sie das wahr, als was haben Sie das in Ihrer Umgebung kennengelernt, erlebt? Zweite Frage: Sie haben das Diyanet-Gutachten mit der Heiratsfähigkeit bei Mädchen ab neun Jahren erwähnt. Nun muss man wissen, dass die Diyanet-Religionsbehörde in Deutschland den Ableger der DITIB hat. DITIB beherrscht die wesentlichen türkischen Moscheen in Deutschland, vom türkischen Staat gesteuert über die DITIB und die türkische Staatsbehörde Diyanet. Wie schätzen Sie die Haltung der DITIB gegenüber Kinderehen in Deutschland ein?

Die **Vorsitzende**: Herzlichen Dank. Frau Mirzo, Sie haben das Wort.

Sve **Laila Mirzo**: Dankeschön. Das Kopftuch habe ich als Kind, als ich von 1978 bis 1989 in Syrien auf den Golanhöhen an der israelischen Grenze aufgewachsen bin, so erlebt, dass es bei vielen, gerade Beduinen, die etwas freizügiger mit dem Islam umgehen, als Tracht getragen worden ist, wie es auch schon vor der islamischen Zeit gängig war. Aber im Laufe der Jahre hat sich das alles in Richtung Zwang entwickelt – so sehr, dass ich als Tochter eines atheistischen Moslems und einer deutschen Christin sogar selbst Kopftuch getragen habe, tageweise oder wochenweise, um meinen Mitschülern zu gefallen. Das hat so ausgesehen, dass ich mir zum Ramadan den Wecker gestellt habe, um noch bei Dunkelheit zu frühstücken, um zu fasten, weil in der Schule kontrolliert worden ist, wie meine Zunge aussieht, ob sie weiß ist, ob ich denn schon etwas gegessen habe. Das heißt, es hat so eine Dynamik eingesetzt, wo selbst Kinder, die den religiösen Pflichten eigentlich noch nicht unterliegen, gezwungen sind, sich dem zu unterwerfen. Es wurde schon erwähnt: Das Kopftuch ist kein harmloses Stück Stoff, wie man es aus der Tracht kennt, wo sich die Frauen damit schmücken oder individuell ausdrücken, je nach Kultur, je nach Region. Sondern der Koran erwähnt das in Sure 33 Vers 59, wo es heißt: „Oh Prophet! Sprich zu deinen Gattinnen und deinen Töchtern und den Weibern“, also den Frauen, „der Gläubigen, dass sie sich in ihren Überwurf verhüllen sollen. So werden sie eher erkannt und werden nicht verletzt.“ So werden sie erkannt und



werden nicht verletzt, was heißt, dass man mit einem Kopftuch, quasi optisch als muslimische Glaubensschwester erkennbar, vor muslimischen Männern sicher ist, vor Übergriffen, vor Vergewaltigung oder vor Beleidigungen, auf jeden Fall vor Gewalt. Und das sagt dann doch einiges aus. Das Kopftuch sendet nämlich auch eine Botschaft an andere Frauen. Also das ist immer ein Problem. Wenn es die Frau freiwillig trägt, dann habe ich ein Problem damit, weil sie mir sagt, ich bin rein und du bist unrein. Wenn sie gezwungen wird, habe ich erst recht ein Problem damit, weil die Frau in ihrer Selbstbestimmung eingeschüchtert wird. Und es weitet sich aus. Der gesellschaftliche Druck steigt. Von Freiwilligkeit ist in manchen Regionen oder Familien überhaupt nicht die Rede und es sollte überhaupt nicht verharmlost werden, weil es schon die Mädchen, ihre Körper sexualisiert, ihre Weiblichkeit dämonisiert, man muss das verstecken. Und ich frage mich, was ist das für eine Gesellschaft, was sind das für Männer – was haben sie für ein Frauenbild –, die die Weiblichkeit nicht aushalten? Und deswegen ist die Freiheit der Frau, die Selbstbestimmung wirklich das höchste Gut und wo es geht sollte das Kopftuch gerade aus den sensiblen Bereichen wie Schule, Bildung, auch in der Justiz rausgelassen werden. Diyanet haben Sie angesprochen, die DITIB, ihr Verhältnis zur Heirat ab neun Jahren. Laut Scharia, also dem islamischen Recht, ist es so, dass Mädchen tatsächlich ab einem Alter von neun Jahren heiraten dürfen, Jungen ab zwölf Jahren, quasi mit Einsetzen der Geschlechtsreife, so war der ursprüngliche Gedanke. Es geht zurück auf das Leben Mohammeds und seine Ehe mit der Kindsbraut Aischa. Nach traditionellen Überlieferungen hat er sie im Alter von sechs Jahren geheiratet, wobei die Ehe „erst“ mit neun Jahren vollzogen worden ist. Und da das Leben, die Taten, die Aussprüche Mohammeds als unfehlbar gelten und als vorbildlich, ist es leider ein total falsches Signal, das an die islamische Glaubensgemeinschaft gesendet wird, dass ein Mädchen mit neun Jahren heiraten darf. Es gab den Fall einer österreichischen Islamkritikerin, die verurteilt worden ist, weil sie Mohammed pädophil genannt hat. Das ging bis zum Europäischen Menschenrechtsgerichtshof. Und ich stehe hier und sage mit voller Absicht, ein erwachsener Mann, der Sex mit einer

Neunjährigen hat, der ist pädophil, das ist Kindesmissbrauch. Und da gibt es nichts schön zu reden und es ist egal, ob Mohammed oder Jesus oder Gott persönlich, da dürfen wir nicht schweigen.

Die **Vorsitzende**: Dankeschön. Dann hat Aydan Özoğuz für die SPD-Fraktion das Wort.

Abg. **Aydan Özoğuz** (SPD): Vielen Dank. Wir haben immer dieses Schicksal, nach der AfD dran zu sein und zu überlegen, was man jetzt sagt. Vielleicht nur ein Satz: Ich würde es dann doch ablehnen, jeder Frau mit Kopftuch grundsätzlich immer etwas Böses zu unterstellen. Ansonsten möchte ich meine Zeit sofort nutzen, noch zwei Fragen zu stellen, einmal an Günter Seufert und einmal auch an Can Dündar. Einmal die Justiz betreffend: Es gab tatsächlich diese Justizsäuberung, wir konnten das auch lesen und auch noch einmal hören. Es wurden Richter und Staatsanwälte entlassen und sehr viel mehr wieder eingestellt und zwar, man kann wahrscheinlich schon sagen, Erdoğan treue Menschen. Trotzdem kommt es ab und zu noch zu Urteilen, wo wir dann alle ein Stück weit auch erstaunt sind und sagen, dass da doch jemand wirklich geguckt hat, wie er das Recht so auslegen kann, wie Recht auch gesprochen werden müsste, wie es die Grundlagen hergeben. Ich frage mich, wie viele von solchen Stimmen es noch gibt? Kann man beobachten, dass solche Urteile noch gesprochen werden können? Es wäre zumindest ein Fünkchen Hoffnung, dass da noch Leute wacker gegenhalten. Wobei ich mich dann natürlich frage, wie lange das gutgehen kann und [ob] möglicherweise auch in Richtung der nächsten Präsidentschaftswahlen dieser Bereich noch stärker angegriffen wird? Und vielleicht noch ganz schnell an Can Dündar: Mich würde wirklich noch einmal diese Stimmung interessieren, die von ganz vielen, auch den Sachverständigen, beschrieben wurde, wie schnell man eine Person in der türkischen Gesellschaft auch als schlechte Person darstellen kann. Ich frage das vor dem Hintergrund von Düzen Tekkal, die auch noch einmal ganz deutlich gemacht hat, dass die türkische Gesellschaft an sich oft auf die Straße gegangen ist, wenn so etwas offenbar wurde. Ich erinnere an den Mord von Hrant Dink,



als die Menschen gesagt haben: Wir sind alle Armenier, wir wollen das nicht. Aber es ist leichter geworden, scheint mir, Menschen ein solches Etikett aufzukleben: Das ist jemand, den die Gesellschaft nicht unterstützen sollte. Wie vollzieht sich da diese Veränderung? Mich würde wirklich interessieren, wie Sie es beobachten, wie die Entwicklung verläuft. Denn das ist etwas, wo ich mir eigentlich die größten Sorgen mache. Denn es gibt Wahlen in der Türkei. Es ist noch so, dass man gesehen hat, dass nicht immer AKP gewählt wird. Aber je stärker diese Stimmungsmache greift, desto schwieriger ist es natürlich auch für eine demokratische Gesellschaft. Vielleicht mögen Sie da gleich noch ein paar Worte sagen. Danke.

Die **Vorsitzende**: Herzlichen Dank. Herr Dr. Seufert, Sie haben das Wort.

SV Dr. **Günter Seufert**: Das ist keine leichte Frage. Wir wissen, dass die Richterschaft zum Beispiel am Verfassungsgericht nach und nach neu gewählt wird, wenn alte Richter aufgrund der Altersbegrenzung ausscheiden. Und im Augenblick ist es noch so, dass die knappe Mehrheit der Richter am Verfassungsgericht noch vor der Zeit von Erdoğan ernannt worden ist, von den Staatspräsidenten vor ihm. Von daher kann er noch nicht darauf vertrauen, dass 100 Prozent des Verfassungsgerichts immer in seinem Sinne entscheidet. Das wird sich aber mit den nächsten Ernennungen der Verfassungsrichter ändern. Das andere ist, dass wir zwar immer wieder hören, dass vor allen Dingen Parteigänger der AKP und der MHP neu berufen worden sind. Aber das sind nun auch zwei Parteien, die in manchen Bereichen unterschiedliche Tendenzen haben. Als Beispiel kann man den Urteilsspruch von vor ungefähr einem Jahr oder eineinhalb Jahren zum sogenannten Schulschwur nennen. Ich weiß nicht, ob Sie sich daran erinnern. Ein Schulschwur, der praktisch die Schüler auf die ethnische Identität als Türken verpflichtet hat. Und das war ein Schulschwur, der damals abgeschafft worden ist von der AKP, weil man ein bisschen die ethnische Identität, die auch immer starke säkulare Konnotationen hat, zurückdrängen wollte zugunsten einer eher allgemeinen muslimisch-religiösen Identität. Eine säkulare

Lehrergewerkschaft hat dagegen geklagt und hat tatsächlich vom Staatsrat Recht bekommen. Das ist ein Beispiel dafür, wie selbst innerhalb dieser autoritären De-facto-Koalition zwischen der AKP und der MHP noch unterschiedliche Tendenzen in der Justiz festgemacht werden. Eine dritte Information dazu vielleicht: Wir wissen, dass die Säuberungen in der Bürokratie von sogenannten Anhängern des Predigers Fethullah Gülen eigentlich immer noch weitergehen – vor allen Dingen in der Polizei, im Militär. Und es gibt immer noch Leute, die behaupten, dass auch in der Justiz ehemalige Parteigänger der Bewegung von Fethullah Gülen sind. Und ich kann mir vorstellen, dass in dem einen oder anderen Urteil auch solche Leute dann einmal riskieren, auch gegen die Erwartungen der AKP zu handeln. Das vierte ist, dass zum Beispiel der jetzige Präsident des Verfassungsgerichts – den Namen habe ich im Augenblick leider nicht im Kopf, aber er fällt mir vielleicht gleich ein – einer von den Leuten ist, die schon von der AKP, also zum Beispiel von dem früheren Staatspräsidenten Abdullah Gül, ernannt worden sind, die sich aber noch mit der eher liberalen Tradition der AKP identifizieren und die noch in den Gerichten sind und auch hier das ein oder andere Mal gegen die Erwartungen der Regierung handeln können. Ich denke, das erklärt, dass es hin und wieder immer noch zu Urteilen kommt, die uns freudig überraschen.

Die **Vorsitzende**: Herzlichen Dank. Herr Dündar, Sie haben das Wort.

SV **Can Dündar**: Vielen Dank. Das ist eine interessante Frage. Menschen als Terroristen zu bezeichnen, ist heutzutage in der Türkei ziemlich gängig. Ich schätze, dieses Abstempeln von Menschen rührt daher, dass Erdoğan im Laufe der Jahre sehr häufig den Bündnispartner gewechselt hat. Er ist darin sehr flexibel, ein Pragmatiker eben. Zu Beginn seiner politischen Karriere hatte er die Unterstützung der Liberalen und westlicher Kreise, die er bald darauf als feindliche Christen brandmarkte. Danach tat er sich mit den Anhängern der Gülen-Bewegung zusammen; nach dem Putschversuch erklärte er sie zu Staatsfeinden und zu einer die Gesellschaft zersetzenden Terrorgruppe. Es folgten die Kurden, die Teil des Gemeinwesens und dann doch



unversehens wieder Terroristen waren, als die Verhandlungen mit der Kurdenpartei abgebrochen wurden. Diese wechselnden Allianzen führen dazu, „die anderen“ in die Rolle von Terroristen zu drängen, als Terroristen zu beschuldigen, und Erdoğan ist mächtig genug, um seine Anhänger davon zu überzeugen, dass es stimmt, was er sagt, und dass die anderen tatsächlich echte Terroristen sind. Das ist wirklich gefährlich, aber jetzt, am Ende, kehrt er zu seinen Wurzeln als Nationalist und Islamist zurück und verunglimpft alle, die nicht an ihn und an seine Macht glauben. Das macht es natürlich für alle schwierig, die sich gegen ihn stellen, und das sind quasi mehr als 60 Prozent der Bevölkerung, die als „die anderen“, also als Terroristen usw., abgestempelt werden. Das wird es auch nach seinem Abgang sehr schwer machen, die Spannungen innerhalb der Gesellschaft abzubauen, denn es ist eine sehr angespannte, polarisierte Gesellschaft. Das spürt man sogar hier in Deutschland, in Berlin, diese Polarisierung. Es wird also geraume Zeit brauchen, um die Spannungen abzubauen, nicht nur in der Türkei, sondern auch in Deutschland. Wir sollten einmal nachdenken über diese Strategie der Ausgrenzung und der Polarisierung, auf die er seine Macht gründet. Deshalb, meine ich, haben die Liberalen, die Kurden, die Anhänger der Gülen-Bewegung inzwischen alle verstanden, dass sie von Erdoğan einzig und allein dazu instrumentalisiert wurden, um seine Macht auszubauen. Aus meiner Sicht war er nicht ernsthaft daran interessiert, eine Lösung in der Kurdenfrage herbeizuführen oder die EU-Mitgliedschaft anzustreben, während er mit den westlichen Kreisen gemeinsame Sache machte; er war kein Liberaler, kein Gülen-Anhänger, kein Friedensstifter, sondern versuchte immer nur, wo es irgend ging, seine Macht auszubauen. Jetzt aber fühlt er sich in die Enge getrieben und hat alle samt und sonders zu Feinden erklärt.*

Die **Vorsitzende**: Vielen Dank. Ich würde für die FDP-Fraktion fragen. Und ich muss mich tatsächlich auch entscheiden, an wen ich die Fragen zuerst richte. Auf jeden Fall an Düzen Tekkal und ich möchte auch Frau Çalıřkan eine Frage stellen. Zunächst vielen Dank für die doch sehr persönlichen Einlassungen. Ich glaube, darum geht es am Ende auch. Wir machen im Menschenrechtsausschuss am Ende auch Politik

für Menschen und die Tatsache, dass die Rechte, auf die die internationale Gemeinschaft geschworen hat, für alle gelten sollten. Das ist, glaube ich, Beispiel genug, warum auch ein solches Thema hier genau richtig ist. Weil Sie selbst gesagt haben, einige Punkte würden Sie am liebsten noch näher ausführen, würde ich mich darüber freuen, wenn Sie das tun könnten. Ich habe 2018 eine Wahlbeobachtung in der Türkei durchgeführt und hatte dort ganz viel auch die Möglichkeit, mit Zivilgesellschaft vorher und auch während des Wahlprozesses zu sprechen und jeder und jede sagte mir immer wieder „die Türkei ist nicht Erdoğan“. Vielleicht können Sie aus Ihrer Perspektive einmal schildern, was eigentlich der Deutsche Bundestag, was die Bundesregierung, aber was wir auch aus Deutschland, wo es eine große türkische Community gibt, tun können, um diese Zivilgesellschaft, die sich nicht nur als Erdoğan verstanden wissen will, zu unterstützen. Und die Frage an Frau Çalıřkan: Ich bin auch Mitglied in der Parlamentarischen Versammlung des Europarates. Sie sprachen kurz darüber, wie wenig die Türkei Urteile des Gerichtshofs für Menschenrechte umsetzt, obwohl die Liste der Urteile immer länger wird, die gesprochen werden. Welche Möglichkeiten sehen Sie aus Ihrer Arbeit heraus, die auch Deutschland als Mitglied im Europarat, in maßgeblichen Institutionen bleiben, Verantwortung zu tragen? Eine weitere Frage auch an Sie beide: Wir haben auch mit Blick auf bestimmte Journalistenprozesse – Can Dündar ist heute hier, Deniz Yücel wurde angesprochen – immer wieder auch die Situation, dass Journalisten, die aus Deutschland heraus in der Türkei für ihre Pressefreiheit arbeiten, die sie hier in Anspruch nehmen und die auch in der Türkei gelten sollte, verurteilt werden oder in einen Gerichtsprozess gezerrt werden. Welchen Einfluss hat also die türkische Justiz auf die Meinungsfreiheit hier in Deutschland? Und jetzt schwenke ich wieder zurück, entschuldige mich, dass ich die Zeit überschritten habe. Frau Tekkal, Sie haben das Wort bis zu vier Minuten.

Sve **Düzen Tekkal**: Vielen Dank. Ich würde direkt hinten anfangen, nämlich mit der Fragestellung, welchen Einfluss das letztlich auch für Journalisten in Deutschland hat. Ich glaube, dass



dieser Zusammenhang von Entscheidungen, die von Erdoğan getroffen werden, und von dem Einfluss, den er mittlerweile hat, also über ganz unterschiedliche Kanäle – ob das Satellitenkanäle sind, ob das die Diyanet ist, ob das auch die Islamverbände sind, die für den Religionsunterricht für Muslime in Deutschland verantwortlich sind – ein wichtiges Thema ist, über das wir sprechen müssen. Denn dass er da so wirkmächtig ist, hat nicht nur mit der brachialen Art und Weise zu tun, wie er da voranschreitet, sondern das hat auch mit einem Vakuum zu tun, das wir hinterlassen haben. Im Grunde genommen ist es so, insbesondere auch, was das Erleben von jungen Muslimen in Deutschland angeht: Dass denen in den letzten Jahren aus unterschiedlichen Gründen nicht immer die Herzen zugeflogen sind. Daran hat zuletzt Serdar Büla in einer Talkshow erinnert. Das fand ich sehr, sehr stark, dass er immer wieder zitiert wird mit diesen bekannten Zitaten. Aber er hat vor allem auch gesagt: „Ihr gehört zu uns und wir fühlen uns mit Euch verbunden und Ihr seid ein Teil von uns.“ Ich glaube, dass dieser Ansatz gar nicht zu unterschätzen ist, dass es wirklich um die Frage geht, wie wir die Herzen und die Köpfe auch der Gemeinschaft, die das trägt, erreichen. Es ist ganz wichtig, dass wir uns diesen Unterricht, auch der DITIB, noch einmal genauer angucken. Es ist de facto so, dass ich heute [zwar] von der FDP eingeladen, [aber] auch CDU-nah bin, wie viele wissen, und trotzdem muss ich die Landesregierung NRW hinterfragen dürfen dafür, dass sie wieder diese Zusammenarbeit beispielsweise mit der DITIB eingegangen ist – wohlwissentlich, dass dort teilweise auch von Imamen antisemitische Äußerungen getätigt werden, dass die Verherrlichung der Hamas dort stattfindet. Ich finde, wir müssen uns da ein bisschen ehrlicher machen. Wir können uns nicht auf der einen Seite darüber beschweren, dass wir einen Antisemitismus haben, der auch autochthon deutsch ist und den es hier gibt, aber auch einen, der bei Menschen mit Fluchthintergrund vorherrscht. Dass wir dann nicht sagen, die dürfen nicht eingebürgert werden, sondern dass wir die Frage stellen müssen, woher kommt das denn. Woher kommt diese Entstehung von Feindbildern? Woher kommt dieser Antisemitismus? Wir haben die Erfahrung gemacht, dass insbesondere in der frühkindlichen

Förderung, wenn das dort gesät wird, das für ein ganz schwieriges Staatsverständnis sorgt. Es hat am Ende etwas mit dem Thema Integration und Einwanderung zu tun, und es geht um identitätsstiftende Merkmale. Es geht darum, dass ich ein Moslem sein kann, ein Jeside, ein Alevite und trotzdem deutsch sein kann und dass man sich nicht entscheiden muss. Aber wenn Religion das alleinige identitätsstiftende Merkmal wird, dann wird es gefährlich. Das genau versucht Erdoğan. Dem müssen wir aber Einhalt gewähren und deswegen müssen wir dafür sorgen, wenn wir die DITIB zu unserem Verhandlungspartner machen, dass das, was dort gelehrt wird, transparent ist, dass die Imame teilweise hier ausgebildet werden und dass das selbstverständlich auf unserem heiligen Buch des Grundgesetzes basiert. Denn alles andere können wir uns nicht leisten, auch nicht in diesem Land. Und ich finde, das ist ein Beispiel dafür, dass das nicht nur ein Problem der Zivilbevölkerung in der Türkei ist, sondern auch ein Problem, das wir hier vor Ort haben. Sie haben es gerade noch einmal angesprochen. Mir ist es sehr, sehr wichtig, immer wieder auch auf die Zivilbevölkerung aufmerksam zu machen, denn wir haben es heute mehrfach betont: Die Türkei ist nicht nur Erdoğan. Ich denke an die Gizeh-Proteste, da war ich dabei. Ich bin mit vielen Schauspielern auf die Straße gegangen. Frauen, die Kopftuch getragen haben, Frauen, die kein Kopftuch getragen haben. Auch das finde ich schwierig. Wir müssen auch aufpassen, dass wir auf der anderen Seite nicht dieselbe Politik betreiben, wie wir sie bei Erdoğan kritisieren, und wer bin ich, dass ich einer Frau das Kopftuch verbiete? Also ich kämpfe für die Glaubensfreiheit und für das Recht einer Frau, die sagt, ich möchte mit dem Kopftuch nicht stigmatisiert werden und ich will nicht, dass mir das Recht abgesprochen wird, dass ich nicht selber denken kann. Die Welt, ich sage es noch einmal, ist nicht schwarz oder weiß, sondern um diese Themenkomplexe müssen wir uns kümmern.

Die **Vorsitzende**: Herzlichen Dank. Frau Çalışkan, Sie haben das Wort.

Sve **Selmin Çalışkan**: Jetzt muss ich ein bisschen improvisieren, liebe Frau Jensen. Ich schließe



mich dem an, was Frau Tekkal in Bezug auf unsere Community in der Türkei gesagt hat. Ich sage „unsere Community“ und ich meine alle damit. Ich hole jetzt für Sie ein bisschen weiter aus. Das Thema Demokratieförderungsgesetz, das ist etwas, was wir sehr stark unterstützt haben, dass das in Deutschland zustande kommt. Und genau diese Menschen, über die Frau Tekkal gesprochen hat, von den verschiedenen Communities hier in Deutschland, die hätten diese Unterstützung in ideeller und in finanzieller Hinsicht sehr gebraucht, weil das genau die Organisationen sind, die sich gegen Rassismus, Antisemitismus, Frauenfeindlichkeit, Antifeminismus aufstellen und für ein buntes, ein demokratisches Deutschland kämpfen. Abgehakt leider zurzeit. Wir hoffen auf die nächste Legislaturperiode und werden auch nicht locker lassen. Das zweite ist, die Türkei und die EU sind sehr weit auseinandergedriftet. Die Türkei ist nie Teil der EU geworden, und ich glaube, die Türkei ist auch irgendwann eingeschnappt gewesen, dass die EU sie nicht als ebenbürtigen Partner aufgenommen hat. Je weiter die Türkei abgedriftet, weggedriftet ist, umso unwichtiger werden auch Institutionen wie der Europäische Menschenrechtsgerichtshof für die Türkei bzw. die Urteile von diesem Gerichtshof. Ich hatte mich immer auf die Türkei-EU-Agenda bezogen, die von der EU als positive Agenda dargestellt wird, und habe mich gefragt, für wen das eine positive Agenda ist, wenn keine Bedingungen daran geknüpft werden, die in rechtsstaatlicher Hinsicht und in Bezug auf Grund- und Freiheitsrechte Druck auf die Türkei ausüben würden. Wenn sie wirtschaftlich und sicherheitspolitisch zusammenarbeiten, dass sie trotzdem diese Bedingung erfüllen muss, so wie zum Beispiel zurzeit die Article-seven-Anhörungen zu Polen und Ungarn auf EU-Ebene stattfinden in Bezug auf genau die gleichen Problematiken, die hier genannt wurden. Wenn die Türkei jetzt in der EU gewesen wäre, hätte man genau diese Mechanismen auch in der Hand, um mit der Türkei zu sprechen. Aber da die Türkei das nicht ist, sollte man trotzdem diese EU-Türkei-Agenda dafür nutzen und sie ganz klar mit Grundrechten und auch mit Rechtsstaatlichkeit verknüpfen und da die Türkei nicht einfach rauslassen.

Die **Vorsitzende**: Herzlichen Dank. Dann hat jetzt

die Kollegin Frau Nastic für DIE LINKE. das Wort.

Abg. **Zaklin Nastic** (DIE LINKE.): Vielen Dank meine Damen und Herren, für diese so notwendige Diskussion hier im Menschenrechtsausschuss. Ich hätte einige Fragen unter anderem an Herrn DüNDAR und Frau Tekkal. Herr DüNDAR, es wurde hier heute die Korruption angesprochen. Mich würde der sogenannte „Deep State“ in der Türkei interessieren, auch angesichts der Tatsache, dass es unter anderem Berichte über Verwicklungen in Regierungskreisen zur organisierten Kriminalität gibt. Stichwort illegale Ölgeschäfte, auch mit der Al-Qaida und dem IS, unter anderem in Syrien. Sie kritisierten auch die kürzlich erschienenen Details in den Medien, wonach es schon lange bekannt war, dass es Einzelheiten zu Waffenlieferungen seitens der Türkei unter anderem nach Libyen, Syrien, Albanien, Kosovo, Ägypten usw. gäbe. Welche Erkenntnisse haben Sie in diesem Bereich? Die Bundesregierung hat auf eine schriftliche Anfrage meiner Kollegin Dağdelen gesagt, sie habe keine weiteren Erkenntnisse außer den Medienberichten. Wie schätzen Sie das eigentlich nach den neuesten Enthüllungen des Mafiapaten und Erdogans-Freund Sedat Peker ein? Was hat das für Auswirkungen auch auf die journalistische Freiheit hier und in der Türkei? Und wen schätzen Sie eigentlich als die treibenden Kräfte hinter dem HDP-Verbot in der Türkei ein? Und Frau Tekkal, Sie haben eindrücklich geschildert, welche Auswirkungen es auf die Menschen hat, die hier leben wie Sie, Herr DüNDAR, oder auch meine Kollegin Frau Dağdelen, dass die türkische Regierung den langen Arm bis hierhin hat, unter anderem durch die Grauen Wölfe. Und Sie haben auch gesagt, Sie würden sich Reaktionen wünschen. Es gibt zum Beispiel auch Sanktionen und anderes gegen die weißrussische Regierung. Wieso passiert das eigentlich nicht bei der Türkei? Ich war kurz nach dem Überfall der Türkei auf Afrin auch in Kobane. Mir haben viele Geflüchtete geschildert, dass sie selbst die Leopard-2-Panzer, die von Deutschland geliefert wurden, gesehen haben, bis hin, dass ich vor eineinhalb Jahren in Machmur gewesen bin, wo dort auf irakischem Boden regelmäßig die Türkei das Flüchtlingscamp Machmur bombardiert. Was sind denn Ihre Forderungen oder Vorstellungen, wie Deutschland sich verhalten sollte? Immerhin ist die Türkei



NATO-Partner, wird mit Waffen beliefert und dann auch politisch unterstützt. Dankeschön.

Die **Vorsitzende**: Dankeschön. Dann hat zunächst Can Dündar das Wort und dann geht es an Frau Tekkal. Sie haben das Wort.

SV Can Dündar: Vielen Dank. Für die Türkei spielt der Aspekt des „Deep State“ eine wichtige Rolle. Es lässt sich im Grunde auf Gladio zurückführen, eine von der NATO in der Nachkriegszeit gegründete und während des Kalten Krieges aktive Organisation. Viele europäische Länder schafften derartige Instrumente oder Gruppierungen wieder ab, entfernten sie aus dem Staatsgefüge, während die türkische Regierung beschloss, sie für ihre politischen Interessen einzusetzen. Sie nutzten diese Einheiten, um die Opposition zu unterdrücken, und ließen sie in den 1970er und 1980er Jahren Sabotageakte, Massaker, Attentate ausführen. Sie legitimierten damit den Militärputsch in den 1980er Jahren, und in der Folge beschlossen tatsächlich viele der Regierungen, die Einheiten bestehen zu lassen und gegen den jeweiligen Gegner einzusetzen. Auch die Mafia kam zum Einsatz, und nicht nur sie, sondern auch Profikiller aus der rechten Szene und andere rechtsgerichtete Organisationen, um den Aufstieg der linken Bewegung in der Türkei zu stoppen. Peker war einer von ihnen. Dieser Typ, ein Mafiaboss, arbeitete Hand in Hand mit der Regierung Erdogans und bedrohte dessen Gegner über Jahre hinweg. Ich war einer derjenigen, die von Peker bedroht wurden. Er schickte Nachrichten wie „Du wirst bald erledigt, weil du die Kurden unterstützt“ oder Ähnliches. Inzwischen muss irgendetwas vorgefallen sein, denn er wendet sich jetzt plötzlich gegen die Regierung, beginnt Geheimnisse auszulapern, die nur er kennt, und er veröffentlicht Videos. In diesen Videos räumt er ein, dass er von der Regierung zu Korruptionszwecken benutzt wurde, aber, wichtiger noch, dass seine Einheiten von der Regierung eingesetzt wurden, um Waffen an Syrien zu verkaufen und Waffen für Al Qaida nach Syrien zu schmuggeln. Genau das habe ich versucht, der Öffentlichkeit klarzumachen. Ich bin überzeugt davon, dass ich deswegen zu 27 Jahren

Haft verurteilt wurde. Einige den Regierungskreisen nahestehende Leute haben mir damals nicht geglaubt; jetzt aber, da ein Mafiaboss die Wahrheit sagt, verstehen sie, dass es die Wahrheit ist. Das ist absolut wichtig, denn jetzt spricht einer der Insider und bezeugt, dass die türkische Regierung Waffen nach Syrien geschmuggelt hat, um die islamistischen Dschihadisten vor Ort im Kampf gegen die Kurden und das syrische Regime zu unterstützen. Das ist kein Geheimnis, aber jetzt gibt es erstmals einen Zeugen, der bestätigt, dass wir nicht gelogen haben. Jeden Sonntag hat er ein neues Video gesendet. Am vergangenen Sonntag erklärte er aber stattdessen, er werde bedroht. Wir wissen nicht, wo er ist. Sehr wahrscheinlich hält er sich in Dubai auf. Er sagte, er sei von den dortigen Behörden davor gewarnt worden, weitere Enthüllungen zu veröffentlichen und Videos zu senden, weil das, was er sage, der Regierung höchst unangenehm sei. Wir wissen nicht, was als nächstes passiert, bisher jedoch hat er eine Menge Insider-Informationen über den korrupten Zustand der Regierung preisgegeben.*

Die **Vorsitzende**: Herzlichen Dank. Frau Tekkal, Sie haben das Wort.

Sve Düzen Tekkal: Vielen Dank für Ihre Frage, Frau Nastic. Ich sage es einmal so: Man kann nicht Waffen liefern und sich über Flüchtlingsströme beschweren. Das ist Fluchtursachenschaffung, nicht -bekämpfung. Ich glaube schon, dass wir in einem Zeitalter leben, wo wir uns über bestimmte Fragen auch neue Gedanken machen müssen und dazu gehört in jedem Fall auch das Thema der Waffenlieferungen und die Rolle Europas, Deutschlands in dem Zusammenhang, in einer globalisierten Welt, wo nicht nur die Pandemien sich internationalisieren, sondern auch der Terrorismus, der längst nicht mehr regional organisiert ist, sondern dezentral. Ich möchte noch einmal daran erinnern, dass die Mörderbanden des IS nicht nur aus denjenigen Herkunftsregionen kamen, wo die Kriege stattfinden, sondern dass wir Terroristen teilweise auch aus Europa exportiert haben, aus Deutschland, aus Frankreich. Im Moment kehren die sogenannten Foreign Fighters zurück. Es gibt die IS-Prozesse, es gibt den Frankfurter Prozess



beispielsweise, wo Amal Clooney die Jesidin vertritt. Nur deswegen macht es überhaupt Schlagzeilen, sonst würde es niemanden interessieren. Die Bundesregierung versäumt, das ihrige zu tun, um diesem Treiben Einhalt zu gebieten. Ich denke, das hat natürlich auch damit zu tun, dass man Angst hat, die Türkei an Russland zu verlieren. Es gab ein von der EU gefordertes Waffenembargo, das ausgebremsst worden ist. Einem Bericht der FAZ zufolge hat Deutschland im Jahr 2019 Waffen im Wert von 344 Millionen Euro an die Türkei geliefert. Mit diesen Waffen wird geschossen, da werden Menschen umgebracht. Und in Afrin kamen deutsche Panzer zum Einsatz. Es geht nicht nur darum, dass Deutschland das kritisieren soll. Sondern wir müssen die eigene Rolle dabei hinterfragen, wenn wir ernsthaft von einer menschenrechtsgeleiteten Politik der Zukunft reden wollen. Und da wünsche ich mir ein Fridays for Future für Menschenrechte, für zivilgesellschaftliches Engagement. Ich merke das bei den jungen Menschen, mit denen wir zu tun haben mit unserer Menschenrechtsorganisation HAWA. Wir bauen im Grunde genommen alles wieder auf, was Despoten einreißen und fühlen uns da auch oft sehr einsam. Ich möchte noch einmal konkret auf die Situation der Jesiden aufmerksam machen. Wir reden von einer Million [Jesiden] weltweit, von der die Hälfte in der Diaspora lebt und die andere in Flüchtlingscamps verharren muss. Im Rücken den Völkermord, keine juristische Aufarbeitung, miserable, desolate Zustände – nicht nur Moria brennt, auch Sharya brennt – und dann werden die Regionen rund um Shingal auch noch beschossen, unter dem Vorwand, dass man Terrorismus bekämpft. Was können die armen Minderheiten dafür? Lasst die Menschen in Ruhe leben – auch außerhalb der türkischen Grenzen. Da spielen auch die Außenpolitik und Expansionspläne eine riesengroße Rolle und ich vermisse Europa dabei, also, über die Sonntagsreden hinaus. Ich vermisse Europa, das diese Menschenrechte, die wir namentlich immer wieder und fortwährend benennen, auch einlöst. Was wir tun müssen ist, dass wir uns an die Seite der Zivilbevölkerung, der Minderheiten stellen und sie stärken. Sie sind abhängig von uns. Sonst müssen wir uns auch über die Zahlen nicht beschweren, wie beispielsweise in der Herkunftsregion meiner

Heimat, in Südostanatolien, wo es eigentlich kaum noch jesidisches oder christliches Leben gibt. Das ist doch traurig. Außerdem kriegen wir die Quittung auf der anderen Seite, weil diese Fluchtursachen uns auch hier um die Ohren geschlagen werden. Ich glaube, dass da dringend Nachbesserungen gefragt sind und da sehe ich auch unsere Rolle als zivilgesellschaftliche Akteure, politische Entscheidungsträger: Immer wieder daran zu erinnern, über alle Parteigrenzen hinaus wohlgemerkt. Und wir müssen diese Probleme ansprechen, ohne selber auch Ressentiments zu bedienen und Feindbilder aufzubauen. Das ist mir noch einmal wichtig, dass das immer von zwei Richtungen kommt. Aber es ist natürlich hinlänglich bekannt, dass es da auch Unterstützung von Terrorismus gegeben hat – und in dem Zusammenhang ist auch das Wort IS-light gefallen – und dass die Türkei teilweise auch Rückzugsgebiet für viele IS-Kämpfer war. Mir geht es darum, dass wir die Opfer nicht vergessen dürfen.

Die Vorsitzende: Vielen Dank. Die Kollegin Bause für die Grünen hat jetzt das Wort.

Abg. **Margarete Bause** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herzlichen Dank. Meine erste Frage geht an Frau Çalışkan. Ich will noch einmal auf die Istanbul-Konvention zurückkommen, die Sie zu Beginn erwähnt haben. Die Entscheidung von Erdoğan, aus der Istanbul-Konvention auszutreten, wurde doch relativ überraschend im März dieses Jahres im türkischen Amtsblatt veröffentlicht. War ein solcher Ausstieg überhaupt im Alleingang der Regierung möglich und ist dieser Ablauf verfahrensrechtlich irgendwie angreifbar? Wie können sich die Rechteinhaberinnen in der Türkei gegen den Austritt aus der Istanbul-Konvention wehren bzw. gibt es bereits erfolgversprechende Initiativen, die einen solchen Austritt noch verhindern könnten? Meine zweite Frage geht an Herrn Dündar. Sie hatten vorhin vom EU-Türkei-Deal gesprochen und den auch deutlich kritisiert. Ich würde Sie gerne fragen wollen, wie sich die Türkei politik von Deutschland und auch der Europäischen Union aus Ihrer Sicht ändern muss, um sich effektiver für eine Verbesserung der menschenrechtlichen Lage in der Türkei einsetzen



zu können.

Die **Vorsitzende**: Dankeschön. Frau Çalışkan, Sie haben das Wort.

SVe **Selmin Çalışkan**: Vielen Dank, Frau Jensen. In Bezug auf dieses Dekret, das ich eben genannt hatte, womit er [Erdoğan] seinen Austritt legalisiert hat: Das Dekret geht auf ein anderes Dekret zurück von 2018, das er auch erlassen hat, das den Präsidenten ermächtigt, aus einem internationalen Abkommen austreten zu können. Das jetzige Dekret geht noch einmal auf ein anderes Dekret von ihm zurück. Das ist das Rechtliche. Und viele türkische Juristen und Juristinnen sehen das sehr kritisch und halten es auch für verfassungswidrig, dass er das gemacht hat. Nämlich a), weil es auch gegen die Gewaltenteilung verstößt und b), weil es auch Individualrechte, wie das Recht auf Leben und das Recht auf Unversehrtheit angreifen würde. Beides sind Rechte, die in der Türkei im nationalen Recht geschützt sind. Die Einschätzung haben auch viele Oppositionsparteien in der Türkei und Verbände. Als erster Verband hat der Verein für Frauen und Kinder geklagt und zwar beim Oberverwaltungsgericht, dem sogenannten Staatsrat, und er ficht jetzt genau dieses Dekret an. Und falls der Staatsrat sagt, ja, das ist verfassungswidrig, geht es weiter zum Verfassungsgericht und dann bin ich gespannt, ob das, was Herr Seufert eben in Bezug auf die türkische Justiz und die Besetzung des Verfassungsgerichts gesagt hat, ob wir da noch eine Chance bekommen, dass das Verfassungsgericht tatsächlich bekundet, dass das Dekret verfassungswidrig und deswegen nichtig ist. Was die Frauenorganisationen jetzt machen: Die Frauenrechtsorganisationen rufen gerade jede einzelne Person in der Öffentlichkeit auf, also Menschen wie Sie und ich, selber eigene Klagen beim Oberverwaltungsgericht einzureichen, da das nämlich nach türkischem Recht möglich ist. Ausgang offen.

Die **Vorsitzende**: Dankeschön. Herr DüNDAR, Sie haben das Wort.

SV **Can DüNDAR**: Haben Sie vielen Dank. Das ist

tatsächlich wichtig, weil ich im Grunde das Vertrauen in solche Regierungen verloren habe, die nur ihre eigenen Interessen verfolgen, statt sich auch um die Zivilgesellschaft zu kümmern, Solidarität mit der anderen Türkei zu zeigen, wie ich es genannt habe. Bundeskanzlerin Merkel hat in den vergangenen fünf Jahren sehr oft die Türkei besucht. Sie traf immer mit Erdoğan in seinem Palast zusammen. Aber es wäre bestimmt nicht so schwierig gewesen, einen Oppositionspolitiker zu treffen, eine Zeitungsredaktion zu besuchen, die Opfer einer Razzia geworden war, oder mit der Familie eines getöteten Journalisten oder einem Gewerkschaftsmitglied zusammenzukommen, um ihre Solidarität mit der Zivilgesellschaft zu zeigen. Ich weiß nicht, warum sie sich nur einmal bei einem ihrer Besuche mit dem wichtigsten Oppositionsführer getroffen hat. Der Bundestag könnte jedoch zum Beispiel eine Delegation zu inhaftierten Parlamentariern entsenden, oder es könnte beispielsweise auf kommunaler Ebene, da Berlin und Istanbul Partnerstädte sind, mehr Interaktion stattfinden. Diese Art von Interaktion auf lokaler Ebene oder zum Beispiel in den Medien braucht es. Wir brauchen die Kooperation zwischen den Medien der beiden Länder, zwischen Gewerkschaftern, Frauenorganisationen, Jugendorganisationen, Anwaltskammern. Universitäten könnten den verfeimten türkischen Wissenschaftlern die Tore öffnen – das wäre die Art von Solidarität, die Sie zeigen könnten. Das wäre viel besser als die Regierungsgespräche und das Aushandeln schmutziger Deals, die nicht den Menschen dienen, sondern dem politischen Machterhalt. Was ich spüren möchte, ist die Solidarität der internationalen Gemeinschaft für die Menschen, die in der Türkei für die Demokratie kämpfen. Diese Art von Solidarität sollte, wie eben erwähnt, auf verschiedenen Ebenen gezeigt werden.*

Die **Vorsitzende**: Vielen Dank. Wir starten in die zweite Fraktionsfragerunde und der Kollege Michael Brand hat für die Union das Wort.

Abg. **Michael Brand** (Fulda) (CDU/CSU): Herzlichen Dank. Meine erste Frage geht an Frau Diertert. Es ist richtig, die bilateralen Kontakte zu stärken. Das versucht der Deutsche Bundestag unter anderem über das Programm



„Parlamentarier schützen Parlamentarier“ [zu erreichen], auch durch Kontakte zu Abgeordneten im türkischen Parlament, zur Zivilgesellschaft, auch dieser Ausschuss immer wieder und einzelne Kolleginnen und Kollegen. Ich erinnere mich an die Gespräche mit İdil Eser oder auch Taner Kiliç und bitte Sie, dass Sie uns vielleicht auch noch einmal einen Eindruck geben, wie die Lage derjenigen ist, die noch in Haft sind oder die ständig damit rechnen müssen, wieder vor Gericht zu erscheinen. Mich interessiert auch die Einschätzung von Amnesty International zu dem sogenannten Aktionsplan Menschenrechte und auch der Istanbul-Konvention, wie Sie das einschätzen mit Ihrer Expertise vor Ort, wie die Zivilgesellschaft, NGOs das Agieren Erdoğan sehen und widerspiegeln. Das ist das, was İdil Eser mir immer gesagt hat: Ihr dürft in Europa nicht mit doppelten Standards agieren. Ihr dürft nicht Dinge durch die Welt posaunen, an die ihr euch selbst nicht haltet. Die zweite Frage will ich an Can Dündar richten, weil ich glaube, dass wir eine differenziertere politische Sicht brauchen. Ich weiß, lieber Can Dündar, dass Sie ein politischer Mensch sind und insofern will ich das auch sehr offen ansprechen: Sie sind von einer Partei heute nominiert, wo ich glaube, dass hier im Deutschen Bundestag – damit mache ich Sie nicht gemein, um das auch klar zu sagen, ganz im Gegenteil – die Trennlinie... Dass Erdoğan alle, die seine Meinung nicht haben, potentiell als Terroristen beschimpft und dass er auch pauschal Kurden als Terroristen beschimpft, das wissen all diejenigen, die nicht blind durchs Leben gehen, sondern die Augen offen haben. Mich würde aber gerade von Ihnen interessieren, der eine differenzierte Sicht hat: YPG, Kurden, PKK – ich glaube, wir müssen an der Stelle auch klar bleiben. Da gibt es Leute, die sind Terroristen, das muss man benennen, und gleichzeitig sich vor diejenigen stellen, die hier vom Staatsapparat instrumentalisiert werden, von Erdoğan und vom Präsidenten selbst als Terroristen bezeichnet werden, die nun wirklich keine sind – einmal ganz abgesehen von Richtern, Lehrern, Journalisten. Aber mir geht es gerade um diesen kurdischen Bereich. Da würde mich einfach eine Analyse interessieren, wie Sie das auseinandernehmen.

Die **Vorsitzende**: Dankeschön. Frau Dietert Sie

haben das Wort.

Sve **Amke Dietert**: Herr Brand, Sie sprachen unsere Amnesty-Kollegen Taner Kiliç, den ehemaligen Vorsitzenden der türkischen Amnesty-Sektion, und İdil Eser, die ehemalige Geschäftsführerin, an. Da ist die aktuelle Situation: Sie sind verurteilt worden. Taner Kiliç wegen angeblicher Mitgliedschaft in einer Terrororganisation zu sechs Jahren und drei Monaten. Das ist in der ersten Berufungsinstanz bereits bestätigt worden. Und İdil Eser sowie zwei weitere Personen, die auch Mitglieder von Amnesty International sind, aber auch in anderen Menschenrechtsorganisationen aktiv sind, Günel Kurşun und Özlem Dalkıran, sind jeweils zu 25 Monaten Haft wegen Unterstützung einer Terrororganisation verurteilt worden. Die Vorwürfe sind vollkommen absurd. In dem Fall von Taner Kiliç wissen wir ganz genau, er war immer ein klarer Kritiker der Gülen-Bewegung gewesen und bei den drei anderen waren die ursprünglichen Vorwürfe völlig anders. Es war ein gemischter Cocktail an Organisationen, die sie angeblich unterstützt haben oder bei denen sie Mitglieder sein sollten. Und in dem Urteil wurden sie plötzlich wegen Unterstützung der Gülen-Bewegung verurteilt, was vorher in der Anklageschrift überhaupt nicht vorgekommen war und genauso absurd ist wie die anderen Vorwürfe. Jetzt ist der Stand so, dass das Verfahren vor dem obersten Gerichtshof liegt, dem Kassationshof. In diesem März hat die Staatsanwaltschaft vom Kassationshof ohne Angabe von weiteren Gründen gefordert, das Urteil gegen Taner Kiliç, die sechs Jahre und drei Monate, zu bestätigen und die Urteile gegen die drei anderen aufzuheben und zurückzuverweisen, auch ohne Begründung. Das heißt, wenn das Gericht, wenn der Kassationshof dem folgt, wäre die Verurteilung von Taner Kiliç zu sechs Jahren und drei Monaten Haft rechtskräftig. Sie sprachen noch das PsP-Programm an. Wir haben in unserer Stellungnahme auch die Verurteilung des Abgeordneten Ömer Faruk Gergerlioğlu aufgeführt, die hier auch schon angesprochen wurde und der auch für einen Tweet wegen Propaganda für eine Terrororganisation verurteilt worden ist, also auch völlig absurde Vorwürfe. Wir haben es in der Stellungnahme geschildert. Sie sprachen das Programm an. Wir würden es



sehr begrüßen, wenn da auch Herr Gergerlioğlu aufgenommen wird und auch vom Bundestag Solidaritätsaktionen kommen könnten. Den Aktionsplan Menschenrechte haben wir auch schon angesprochen. Ich sagte schon, es sind viele Punkte, die da aufgeführt werden, wo Reformen angekündigt sind, wo man aber letztlich sehen kann, dass die aktuelle Praxis genau das Gegenteil ist. Um das zu ändern, braucht man auch keinen Aktionsplan, der nun innerhalb der zwei Jahre umgesetzt werden sollte. Das könnte man sofort machen, also diese Praxis einstellen. Ich habe das Thema Folter angesprochen. Es wird so getan, als gebe es sie gar nicht mehr. Und da geht es nicht einmal darum, dass da zum Schein Maßnahmen ergriffen werden sollen. Zum Thema NGOs, und das bezieht sich auch auf Frauenorganisationen und die Istanbul-Konvention: Man muss sagen, dass es trotz der ganzen Repressionen in der Türkei noch recht aktive NGOs gibt, gerade im Bereich Frauen, die auch nach dieser Austrittserklärung aus der Istanbul-Konvention in Massen auf die Straße gegangen sind, was zur Folge hat, dass gegen ganz viele Verfahren laufen. Auch andere Menschenrechtsorganisationen stehen stark unter Druck, sind aber weiterhin aktiv. Wie Can Dündar schon angesprochen hat, wäre es sehr wichtig, dass solche Organisationen unterstützt werden, auch offensiv unterstützt werden, sowohl von zivilgesellschaftlichen Organisationen hier, als aber auch von der Regierung mit Besuchen usw. Ein anderer Punkt ist: Es gibt in der Türkei hunderte von Rechtsanwälten im Gefängnis und auch da muss ich sagen, bedauerlicherweise, dass leider von hiesigen Rechtsanwaltsorganisationen wenig Reaktionen kommen. Auch da würde ich mir mehr Solidarität wünschen.

Die **Vorsitzende**: Dankeschön. Dann hat jetzt Can Dündar das Wort.

SV **Can Dündar**: Vielen Dank. Die Kurdenfrage ist ein jahrhundertaltes Problem für die Türken. Und das Problem verschärft sich durch die Aggression der türkischen Regierung. Die Verleugnung der Kurden, die Diskriminierung des kurdischen Volkes und die Militärpolitik der türkischen Regierung in den vergangenen 100 Jahren – diese Aggression hat die PKK als

bewaffnete Organisation geschaffen. In den vergangenen 40 Jahren sind in den Kriegen zwischen der PKK und der türkischen Armee etwa 40.000 Menschen zu Tode gekommen. Deswegen erreicht man leider überhaupt nichts damit, sie als terroristische Organisation anzuprangern, denn in den Versammlungen für den PKK-Chef Öcalan sieht man Hunderte, ja Tausende von Menschen, die laut nach ihm rufen; etwas stimmt also nicht – entweder unsere Definition von Terrorismus oder die Art, wie die Regierung mit dem Problem umgeht. Die HDP ist ein wichtiger Akteur bei der Lösung des Problems, da man mit ihrer Hilfe das Problem aus den Bergen hinein ins Parlament tragen kann, und dann haben wir es mit einer rechtmäßigen politischen Partei zu tun, mit der wir diskutieren und eine friedliche Lösung für die Kurdenfrage finden können. Doch jetzt versucht die Regierung, die HDP verbieten zu lassen; dadurch wird automatisch die Position der PKK gestärkt. Die PKK hat immer gesagt, es sei unmöglich, zu einer Lösung zu gelangen, in der türkischen Demokratie sei eine friedliche Lösung unmöglich, der einzige Weg sei der bewaffnete Kampf. Das Verbot der HDP würde natürlich der PKK massiv in die Hände spielen. Daher vertrete ich die Auffassung, dass die Position der HDP unterstützt werden muss und wir alles dafür tun müssen, um sie im Parlament zu halten und eine friedliche Lösung für die Kurdenfrage zu finden. Dann wäre der nächste Schritt, die PKK wieder in das zivile Leben zurückzuholen und das Problem im Laufe der kommenden Jahrzehnte zu lösen. Nur so kann es gelingen, und es gibt weltweit etliche Beispiele dafür; so sehr unterscheidet sich das nicht von der Haltung der IRA oder der Haltung der Herri Batasuna, des legalen Arms der ETA im Baskenland. Sicherlich sind das alles ganz unterschiedliche Organisationen, aber ganz allgemein gesprochen geht es doch hier um eine demokratische Lösung für ein tief verwurzeltes Problem, also gibt es nur diese eine Möglichkeit, und ich fürchte, wir sind dabei, diese Chance zu vertun, indem wir versuchen, die HDP auszuschalten.*

Die **Vorsitzende**: Herzlichen Dank. Herr Herdt wäre der nächste für die AfD.



Abg. **Waldemar Herdt** (AfD): Besten Dank, Frau Vorsitzende. Ich bin auch der Meinung, dass wir in dieser Hinsicht auf ganzer Linie verlieren. Ich habe jetzt ein paar Fragen an Frau Mirzo. Sie sind Syrerin, geboren in der Türkei und leben jetzt in Deutschland. Sie kennen zwei Welten. Sie kennen sich da aus und da aus. Aus Ihrer Sicht die Entwicklung in der Türkei: Ich kann das nur aus den Bildern sehen – sogar bei Atatürk damals waren die Frauen viel freier angezogen als jetzt. Ich kann meine Schlussfolgerung daraus ziehen. Was meinen Sie, ist die Scharia wirklich ein Teil der Gesellschaft geworden? Ist sie im Vormarsch oder ist das noch eine Bewegung, die unter Kontrolle ist? Ist die Scharia überhaupt mit dem Grundgesetz und den Menschenrechten, die wir definieren, zu vereinbaren? Kann man das machen? Weil das aus meiner Sicht nicht schlecht wäre. Das Problem ist: Verboten können wir das nicht, aber zusammenfügen vielleicht eher. Unterstützen Sie den Beitritt der Türkei in die EU und die Fortsetzung der Beitrittsverhandlungen? Ist das jetzt unter Berücksichtigung der letzten Ereignisse und der Entwicklungsrichtung in der Türkei noch möglich? Und welche Rolle spielen türkische, kurdisch stämmige Gruppen in Deutschland für die Situation in der Türkei? Das waren die drei Fragen.

Die **Vorsitzende**: Dankeschön. Sie haben das Wort, Frau Mirzo.

Sve **Laila Mirzo**: Dankeschön. Ich bin in Damaskus geboren – das hatte einmal zum Osmanischen Reich gehört, dem Vorgänger der Türkei. Was den Vormarsch der Scharia in der Türkei angeht: Wir sehen an ein paar Beispielen gerade die Situation der Frauen, dass nämlich versucht wird, das Zivilrecht zu untergraben und Elemente der Scharia zu installieren und zwar in zwei Punkten. Durch den Austritt aus der Istanbuler Konvention, womit die Gewalt, vor allem die häusliche Gewalt gegen Frauen, quasi legalisiert wird, indem man sagt, das sei eine häusliche Angelegenheit, das sei Privatsache. Da wird die Scharia installiert, weil im Islam die Züchtigung, also die körperliche Bestrafung der Frau, explizit erlaubt ist. Es gibt einen Koranvers, der besagt: „Diejenigen aber, deren Widerspenstigkeit ihr fürchtet - warnet sie,

verbannt sie in die Schlafgemächer und schlägt sie.“ Das heißt, durch den Austritt aus der Istanbuler Konvention wird den Ehemännern ein Instrument in die Hand gegeben, das ihnen erlaubt, ihre Frau zu bestrafen, ohne großartig strafrechtlich verfolgt zu werden. Der andere Punkt, wo die Scharia langsam Einzug erhält, ist bei der Ehe. Und zwar wurde die sogenannte Imamehe, die Muftiehe, legalisiert. Imame können nun auch die Zivilehe schließen – nicht nur Standesbeamte, sondern auch Imame. Das heißt, gerade auf dem ländlichen Gebiet werden leider auch Kinderehen geschlossen, minderjährige Mädchen verheiratet. Das heißt, es wird die Scharia dadurch installiert, dass die Ehe mit Minderjährigen erlaubt wird und vor allem, was nicht vergessen werden darf, es wird auch die Mehrehe dadurch legalisiert, weil in der Moschee kann ich bis zu vier Frauen gleichzeitig ehelichen. Und da muss ich jetzt kurz die Brücke nach Deutschland schlagen. Sogar in Deutschland haben wir die Mehrehe, nicht nur durch den Zuzug aus den islamischen Ländern, sondern auch durch die Imamehe, wo die Moscheen die dort geschlossenen religiösen Ehen nicht an die Standesämter weitervermitteln und auch untereinander kaum kommunizieren. Das heißt, ein tüchtiger heiratswilliger Mann kann sogar mehr als vier Frauen gleichzeitig heiraten. Diese Frauen sind offiziell ledig, die Kinder ohne Vater, wofür der Staat, das heißt, der Steuerzahler, zahlen muss. Und es hat auch eine traurige menschliche Komponente. Im Falle des Todes des Mannes oder der Scheidung, wenn sich der Mann also von diesen Frauen, diesen Familien abkehrt, haben diese Kinder und diese Frauen keinen Rechtsanspruch, weil sie eigentlich nicht existieren als Familie. Da gehört genauer hingeschaut. Beitritt zur EU: Gerade in der Anfangszeit, als die AKP mit Erdoğan in die Regierungsverantwortung kam, hat man sehr große Fortschritte beobachten können, was die Menschenrechtssituation angeht. Die Todesstrafe wurde abgeschafft, die Freiheiten für religiöse und ethnische Minderheiten – die Menschenrechtssituation sah besser aus. Aber man kann als Beobachter sehen, dass es eigentlich nur eine Finte war, um den Kriterien zu gefallen und den Fuß in die EU zu setzen. Aber als Erdoğan klar war, dass er diese Maßgabe nicht erfüllen kann, hat er sich davon abgekehrt und



fährt einen komplett konträren Kurs. Er will Europa schon gar nicht mehr gefallen. Er will seinen konservativen, streng religiösen Wählern gefallen. Er hat die EU in der Hand durch die Flüchtlingspolitik, wo er die Menschen, die dort in Not gestrandet sind, in der Türkei als menschliches Faustpfand gegen die EU benutzt. Ich finde es wirklich beschämend, wie sich die Bundesregierung seit Jahren gegenüber Erdoğan verhält und im wahrsten Sinne des Wortes „den Schwanz einzieht“. Wir verurteilen andere europäische Länder, die den Schritt in Sachen Demokratisierung zurück machen, aber bei der Türkei verschließen wir die Augen. Das darf nicht sein.

Die **Vorsitzende**: Dankeschön. Aydan Özoğuz für die SPD hat das Wort.

Abg. **Aydan Özoğuz** (SPD): Ganz herzlichen Dank. Herr Schirmmacher, ich war am Anfang sehr erstaunt, muss ich sagen, als Sie noch einmal versucht haben, dieses ganzheitliche Bild der Gesellschaft zu zeichnen, also auch die Zeit vor Erdoğan noch einmal miteinzubeziehen. Ich habe so ein bisschen noch dieses Bild einer Welle [vor Augen], gerade am Anfang in den Zeiten anderer Regierungen, wo Frauen, die sich eher sehr traditionell gekleidet haben oder eben ein Kopftuch oder was auch immer trugen, sehr belächelt wurden, also auch immer als eher rückständig gesehen wurden. Die Welle ist dann irgendwann übergeschwappt und man merkt es doch bei einigen, die auch sehr offen sagen: Das Kopftuch hat für sie keine große Bedeutung, aber es ist gerade sehr „in“, so dass sie sich das dann auch aus solchen Gründen teilweise aufgesetzt haben. Damals war vieles auch im Argen, wenn wir an die Militärmacht denken. Der tiefe Staat hatte schon immer eine Bedeutung oder war immer schon im Gespräch. Inwiefern kann man sagen, dass sich da jetzt etwas in eine Richtung bewegt hat und wir die Chance wieder quasi auf die Welle in die andere Richtung haben? Oder sind wir heute anspruchsvoller geworden und sehen es deshalb kritischer? Oder haben Sie den Eindruck, dass da jetzt wirklich an den Festen der Demokratie so stark gesägt wird, dass es dann schwierig wird, daraus noch einmal wieder etwas Vernünftiges aufzubauen und – das ist jetzt ein

bisschen einfach gesagt – doch in die richtige Richtung, Richtung EU, Richtung Demokratisierung zu kommen. Ich würde diese Frage gern auch Günter Seufert mitgeben, weil Sie sich auch sehr, sehr lange mit der Türkei schon beschäftigen. Und zwar auch noch einmal in die Richtung der Kriminalisierung der Opposition, die Sie im Besonderen uns noch einmal aufgeschrieben haben. Also diese Aufhebung der Immunität, auch in die Zivilgesellschaft hinein. Gibt es aus Ihrer Sicht eine Entwicklung, die dort immer stärker wird und von der Sie das Gefühl haben, dass das auch wirklich alles übertrifft, was vorher beispielsweise auch vom Militär – durchaus angsteinflößend – in die Gesellschaft hineinging? Es hat in jedem Fall eine andere Qualität. Und mein letzter Satz: Das Bemerkenswerte ist, dass Erdoğan derjenige war, der das abgeschafft hat, um jetzt in dieser Richtung eine neue Repression aufzubauen. Vielen Dank.

Die **Vorsitzende**: Dankeschön. Professor Schirmmacher, Sie haben zunächst das Wort.

SV Prof. Dr. Dr. **Thomas Schirmmacher**: Es ist natürlich immer schwierig, über die Geschichte eines anderen Landes, für die letzten hundert Jahre rückwärts, ein Urteil zu fällen, und als Deutsche haben wir keinen Grund zu sagen, „wenn nur alle sich so entwickelt hätten wie wir“. Trotzdem muss man natürlich im Hintergrund sehen, wenn wir beklagen, dass positive Entwicklungen zurückgedreht sind, dass Erdoğan viele Entwicklungen zurückdreht, die er erst selber überhaupt eingeführt hat, und nicht eine Freiheitsentwicklung, die vor ihm da war, Stück für Stück zurückgedrängt hat. Vorhin kam diese Thematik mit dem Kopftuch. Ich bin aus prinzipiellen Überlegungen der Meinung, dass Zwangsbeglückung der Menschen durch die Regierung weder moralisch ist noch funktioniert. Es ist nun damals so gewesen: Statt dem Fes musste der Hut her. Und es war nicht so, dass das nur eine politische Korrektheit war und plötzlich musste man das, sondern es gab drakonische Strafen für die, die das nicht gemacht haben. Alte Leute mussten jetzt lateinische Buschstaben statt arabische verwenden. Ich will nicht sagen, dass das der Türkei nicht gut getan hat. Ich habe das



nicht zu befinden. Das kann eine Regierung beschließen. Aber Fakt war, es wurde so drakonisch durchgesetzt, dass viele alte Leute, die nicht mehr lateinisch schreiben gelernt haben, nicht mehr schreiben durften, weil sie das Alte nicht mehr verwenden durften und Armenisch auch nicht mehr, Kurdisch nicht mehr, und in dieser ganzen Geschichte ist dann auch noch das Kopftuch verboten worden. Im Übrigen, nur in Klammern gesagt, beim Kopftuch habe ich meine ganz eigene Meinung. Ich bin der Meinung, man sollte die Frauen überhaupt in Ruhe lassen. Wenn, dann sollte man die Leute bestrafen, die sie zwingen. Das wären also meinerwegen die Männer oder wer immer das ist, die gehören bestraft. Jemand, der gehorsam ist, den man vielleicht auch zum Aufmüpfen kriegen sollte, der aber gehorsam ist, den bestraft man nicht. Wir bestrafen auch Kinder, die gezüchtigt werden, nicht. Sondern das Gesetz sagt, die Eltern dürfen das nicht, und müssen dafür herangezogen werden. Es war der Versuch praktisch per Zwang eine westliche Gesellschaft herbeizuführen, ohne dass dies wirklich eine demokratische war. Und ich erinnere mich – es muss vor zwölf, 15 Jahren gewesen sein, nicht am selben Ort, der stand noch nicht, aber auch bei einer Anhörung – wo ich damals gesagt habe, und das waren noch große Diskussionen, dass meines Erachtens [der Grund, weshalb] Erdoğan so auf die EU gesetzt und diese ganze Entwicklung durchgeführt hat, [darin lag, dass] sein größtes Problem das Militär war, die Diktatur, die vorher da war. Er brauchte die EU so lange, bis dieser Machtfaktor abgeschafft war und das ist allerspätestens dann mit dem Coup passiert, wo er die Möglichkeit hatte, auch den Teil der Armee, des Militärs, den er noch nicht unter Kontrolle gebracht hatte, völlig aus dem Verkehr zu ziehen. Seitdem ist meines Erachtens für ihn gar kein Grund mehr da, irgendjemanden mit dazu zu holen. Und die EU hat völlig zu Recht darauf gedrängt, dass die Armee in einem Land nicht die letzte Macht haben könne, aber sich meines Erachtens zu wenig gefragt, wofür denn Erdoğan die Macht haben will, wenn die Armee weg ist. Für mich ist es nur wichtig, sich klar zu machen: Wir kommen nicht aus einer freiheitlichen Geschichte heraus, sondern wir haben an ganz vielen Stellen – Iran wäre für mich ein Beispiel, auch Ägypten – etwas verschoben, da wo man Zwangsbeglückung betrieben hat und

dachte, dass, wenn man westliche Normen praktisch durch diktatorische Systeme von oben herunter einführen lässt, sich etwas verbessern würde. Das ist noch immer in der Geschichte schief gegangen und hat nur dazu geführt, dass es dann eine Gegenbewegung gab und irgendjemand die unfreie Gesellschaft, die geschaffen worden ist, einfach in eine andere Richtung geschoben hat – übrigens natürlich teilweise auch in unserer eigenen Geschichte. Ich glaube das ist das, was wir brauchen, den Menschen in der Türkei, die sagen, dass sie nicht Erdoğan seien, Mut zu machen, praktisch nicht zu wählen zwischen der Zeit vor 50 und vor 20 Jahren, sondern zu sagen, dass der Kern einer freiheitlichen Gesellschaft nun einmal die Freiheit ist und Kern der Demokratie, dass ich die freie Wahl habe. Ich glaube, dass es extrem viele Menschen gibt, die das prinzipiell so sehen und denen wir nun wirklich Mut machen. Ich kann das Gesagte alles nur bestätigen. Die Rechtsanwaltsveranstaltungen kann ich überhaupt nicht verstehen. Warum deutsche Rechtsanwälte, die das gar nichts kostet, sich nicht für Rechtsanwälte in der Türkei einsetzen können, die im Gefängnis sitzen. Macht sich nicht gut.

Die Vorsitzende: Dankeschön. Herr Dr. Seufert Sie haben das Wort.

SV Dr. Günter Seufert: Danke. Weil Frau Özoğuz gefragt hat, ob es immer schlimmer werde oder wir früher nur nicht so genau hingeguckt haben: Ich denke, wir haben früher natürlich wirklich nicht so genau hingeguckt. Ohne den EU-Prozess und die normativen Erwartungen an Demokratie würde Deutschland und würden auch die anderen europäischen Staaten nicht so in die Türkei gucken, wie wir gucken, und auch nicht ohne die große türkische Migration nach Deutschland. Als wir die Flüchtlingsvereinbarung mit der Türkei geschlossen haben, gab es daran zu Recht oder zu Unrecht sehr viel Kritik aufgrund der Menschenrechtsstandards oder der schwachen Menschenrechtsstandards in der Türkei. Als wir ähnliche Vereinbarungen mit Ländern in Nordafrika geschlossen haben, gab es diese Kritik so nicht. Das heißt, wir schauen schon viel genauer hin, als wir früher hingeguckt haben, als noch die Säkularen und die Kemalisten an der



Regierung waren. Das zweite ist natürlich, dass wir immer auch mit dem kulturellen Blick gucken, dass wir die autoritären Maßnahmen der Kemalisten ein Stück weit zumindest geduldet oder toleriert haben, weil wir hofften, dass mit einer kulturellen Verwestlichung auch eine politische Verwestlichung einsetzten würde, dass also, wenn moderne Institutionen entstünden wie das Parlament, wie moderne Gesetze oder die Abschaffung der Scharia, ein positives Recht, dann automatisch auch eine politische Verwestlichung und Demokratisierung einsetzten würde. Wird es jetzt immer schlimmer? Ich denke, wir haben es verpasst, als EU und natürlich auch als Bundesrepublik Deutschland, in dem Moment die Demokratisierung der Türkei zu unterstützen, als die interne Dynamik für demokratische Entwicklung in der Türkei sich abschwächte. Herr Schirmacher oder auch andere Redner haben darauf hingewiesen, dass es natürlich ein Ziel von Erdoğan war, mit Unterstützung des Westens, nicht nur der Europäischen Union, sondern auch der USA, mit einer demokratischen Agenda letzten Endes die autoritären Strukturen der Kemalisten auszuhebeln. Das gilt für die autoritäre Justiz. Das gilt für die Herrschaft des Militärs. Man kann aber natürlich auch nicht erwarten, dass autoritäre Strukturen sich von selbst demokratisieren. Und es war der Widerspruch zwischen einer gesellschaftlichen Minderheit, säkularen Minderheit, die die Macht hatte, und einer gesellschaftlichen Mehrheit, die sich von der Macht ausgeschlossen gefühlt hat, die die politische Dynamik in der Türkei ermöglicht hat. Und in dem Augenblick, als die konservative Mehrheit über Erdoğan und die AKP an der Regierung war, hatte natürlich diese gesellschaftliche Schicht oder diese Mehrheit der Gesellschaft kein Interesse mehr an einer weiteren Demokratisierung. Genau in diesem Punkt ist dann auch die Dynamik in Europa praktisch zum Erliegen gekommen – mit dem Amtsantritt natürlich von Frau Merkel in Deutschland und mit dem Amtsantritt von Herrn Sarkozy in Frankreich. Das hat uns praktisch die Begeisterung genommen und zur gleichen Zeit hat sich die Dynamik in der Türkei abgeschwächt. Wir haben heute nicht diese Spannung zwischen einer Mehrheit, die sich ausgeschlossen fühlt und Demokratie fordert, und einer Minderheit, die an der Macht ist, diese Spannung haben wir heute

nicht. Heute haben wir eine Regierungspartei, die, was die kulturelle Zugehörigkeit betrifft, auf breiten Schichten der Gesellschaft ruht, aber, wirklich interessant, nicht mehr auf der Mehrheit. Weil, wie Can Dündar gesagt hat, die Zustimmung zu Erdoğan bröckelt. Und Erdoğan und auch sein konservativer oder sein rechtsradikaler Partner würden heute bei freien und fairen Wahlen nicht mehr die Mehrheit haben. Und die Hoffnung ist wirklich, dass sich zum ersten Mal in der Geschichte der Türkei Oppositionsparteien, die aus ganz unterschiedlichen ideologischen Richtungen kommen, ganz unterschiedliche Lebensformen vertreten, wie die säkulare CHP, die rechtsnationale Gute Partei und selbst die sehr religiöse Glückseligkeitspartei auf ein politisches Programm geeinigt haben, nämlich die Abschaffung des Präsidialsystems, Rückkehr zur parlamentarischen Demokratie. Das und die Tatsache, dass wir in den jungen Generationen eine deutlich andere politische Wahrnehmung haben und deutlich mehr Optionen für gesellschaftliche und individuelle Freiheiten, ermöglicht uns noch eine gewisse Hoffnung darauf, dass sich in den nächsten zehn bis 20 Jahren in der Türkei etwas ändert.

Die Vorsitzende: Dankeschön. Es gibt auch die Möglichkeit für Abgeordnete oder für Fraktionen die Redezeit zu splitten und der Kollege Peter Heidt für die FDP bat um 15 Sekunden – die Zeit läuft.

Abg. Peter Heidt (FDP): Vielen Dank. Ich möchte als Rechtsanwalt doch zwei Sätze zu den Anwälten in Deutschland sagen. Soweit Sie die Bundesrechtsanwaltskammer kritisieren, okay. Aber der Deutsche Anwaltsverein hat einiges gemacht, immer wieder auch Erklärungen, da wird auch noch mehr passieren, das weiß ich. Insofern würde ich an der Stelle bitten zu differenzieren. Es sind nicht alle Anwälte in Deutschland untätig.

Die Vorsitzende: Ich würde für die FDP-Fraktion zwei Fragen einmal an Frau Tekkal und einmal an Herrn Dr. Seufert richten, weil Sie gerade auch schon daran ansetzten. An Sie beide: Die nächsten Wahlen stehen mehr oder minder vor der Tür. Wir



sehen, wie die Zustimmungswerte für die AKP und auch für das Regierungsbündnis Erdoğan und MHP schwinden. Wie wirkt sich das aus Ihrer Einschätzung in der großen Community hier in Deutschland aus? Wir haben bei den letzten Wahlen feststellen müssen, dass, und das haben Sie, Frau Tekkal, in Ihrem Statement geschrieben, die abgegebenen Stimmen aus Deutschland mehrheitlich für die AKP abgegeben wurden. Wie kann man das begleiten? Welche Möglichkeiten, auch welche Verantwortung sehen Sie für uns, hier in Deutschland, zumindest auch dafür zu sorgen, dass ein möglichst realistisches Bild besteht. Und eine ganz kurze Einschätzung, weil ich das mit einem Kollegen in der vergangenen Woche diskutiert habe, der mir sagte, man sollte vielleicht einmal darüber nachdenken, ob man diese Art von Wahlmöglichkeit in Konsulaten, hier in Deutschland, weiterhin möglich macht. Es gibt kein Recht darauf, hier zu wählen, und die Auswirkungen, die Konsequenzen dann in einem anderen Staat zu haben. Ich bin da komplett unabgeschlossen, aber mich würde Ihrer beider Haltung zu dieser Frage interessieren. Und ich würde zunächst Frau Tekkal das Wort geben.

Sve Düzen Tekkal: Über den Einfluss der Türkei in Deutschland haben wir heute schon mehrfach gesprochen. Und ich glaube, insbesondere der Einfluss der türkischen Regierung auf das Leben von Deutschen mit türkischen Wurzeln in Deutschland kam ganz deutlich zum Ausdruck, also auch, was die Wählerschaft anging, die in Deutschland teilweise größer war als in der Türkei. Und ich glaube, an dem Beispiel wird einfach deutlich, dass es Erdoğan besser gelungen ist, die Menschen zu erreichen, als uns als Mehrheitsgesellschaft. Das war auch das, was ich vorhin so ein bisschen angedeutet habe, und dafür gibt es Gründe. Ich glaube, es hat einmal mit dem Bildungsnotstand zu tun, der eigentlich im Zuge der Gastarbeiteranwerbung schon entstanden ist und bis heute nicht aufgeholt wurde. Es hat etwas damit zu tun, dass wir de facto bis heute gar keine konkrete, adäquate Einwanderungspolitik betreiben. Das wird völlig versäumt, was ich überhaupt nicht verstehen kann, weil das so ein wichtiges Narrativ ist und zwar parteiübergreifend. Das hat Erdoğan natürlich die Möglichkeit gegeben, insbesondere deshalb, weil wir auch durch die beispielsweise rechtsextremen

Gewalttaten der neunziger Jahre beobachten konnten, dass gerade Menschen aus der Türkei sich oft nicht sicher gefühlt haben. Und wir haben natürlich auch noch die Geheimverstrickungen mit dem NSU und das teilweise Versagen auch von Staatsgewalt. Das hat Skepsis bewirkt. Nicht zuletzt Hanau beispielsweise, wo Menschen mit sichtbarer Migrationsgeschichte zu Tode gekommen sind, weil sie eher aussahen wie ich als wie Sie. Und es ist mitnichten so, dass sie sich diesbezüglich akzeptiert gefühlt haben oder als Teil der deutschen Gesellschaft, was auch mit Identitäts Herausforderungen der Mehrheitsgesellschaft zu tun hat. Was bedeutet es heutzutage, deutsch zu sein, kann man stolz auf sein Land sein, können wir uns einen weltoffenen Patriotismus als Antwort auf einen dumpfen Nationalismus erlauben? All diese Fragen haben wir eigentlich nie so richtig diskutiert, und ich glaube, dadurch sind Hohlräume entstanden. Und im Gegensatz dazu vermitteln die türkischen Staatsmedien vielen Türken in Deutschland, übrigens auch Kurden, ein Angebot. Das kann man auf beides übertragen. Selbst in meinem Umfeld wird kaum deutsches Fernsehen geguckt. Da wird dann geguckt, was die kurdischen Medien sagen, was die türkischen Medien sagen und das nimmt Einfluss, ganz klar. Das nimmt Einfluss auch auf die Denkstrukturen, auf die Haltung, auf die Meinung. Dadurch entstehen dann auch die Feindbilder und dadurch wird das auch zum identitätsstiftenden Zentrum – was ist meine Nationalität, was ist meine Herkunft? Also all das, was wir eigentlich überwinden wollten. Dass die Trennlinien nicht dort verlaufen, ob du Kurde, Türke oder deutsch bist, sondern welche Werterhaltung macht dich aus. Bist du angekommen oder immer noch da, wo du bist? Ich glaube, die Zustandsbeschreibung, in der wir uns gegenwärtig befinden, auch in Deutschland, zeigt, dass wir nicht nur bei Menschen mit Zuwanderungsgeschichte über Wertefragen diskutieren müssen, sondern auf beiden Seiten. Und die religiösen oder auch die rassistischen Extremisten gibt es auf allen Seiten. Da etwas Vernünftiges dagegen zu setzen, auch eine Normalität im Austausch der Diskussion zu haben – ich möchte es nicht „rechten Parteien“ überlassen, über Probleme in der Einwanderungsgesellschaft zu diskutieren. Das können wir selber auch wunderbar, können wir



machen, ohne uns dann wieder den Vorwurf anhören zu müssen, dass wir das machen, weil wir selber extrem sind, sondern es braucht tatsächlich eine andere Kultur. Das ist auch, wenn Sie mich jetzt schon so konkret fragen, genau der Versuch mit „German Dream“, die Bildungsinitiative, die wir gegründet haben, wo wir sagen, dass dies eine Antwort von vielen auf den Rassismus, auf die Entmenschlichung, auf die Identitätsfragen ist. Denn es geht darum, Identitäten zu bilden, ohne identitär zu werden. Dafür brauchen wir auch eine Vermittlung als Deutschland der Chancen und das muss von oben runtergegeben werden, aber sich auch als Graswurzelbewegung entwickeln. Das wird eine ganz spannende Zeit in den nächsten 20 Jahren und ich bin auch gespannt, was die nächste Bundesregierung diesbezüglich zu bieten hat. Ich glaube, ein Integrationsministerium ist zu wenig. Warum nicht auch einmal nachdenken über ein Werteministerium, wo es nicht darum geht, Migrationspolitik für Migranten zu machen, sondern Migrationspolitik und Einwanderungspolitik für Deutschland, wenn Sie mich schon so fragen.

Die **Vorsitzende**: Dankeschön. Herr Dr. Seufert, Sie haben das Wort.

SV Dr. **Günter Seufert**: Ihre eine Frage war eine sehr konkrete Frage: Wahlmöglichkeiten, kann man das zurückdrehen? Ich denke, das wäre kontraproduktiv. Man kann darüber diskutieren, ob es klug war, das einzuführen. Aber das zurückdrehen würde, glaube ich, genau diese Ausgrenzungserfahrung, von der Frau Tekkal gesprochen hat, verstärken und eher die Fronten schließen. Was das Wahlverhalten betrifft, vielleicht ein paar Punkte. Das erste ist, dass es eigentlich generell so ist, nicht nur im deutsch-türkischen und auch nicht nur im europäisch-türkischen Zusammenhang, sondern auch, wenn wir deutsche Auswanderungen nach Lateinamerika betrachten, dass die Haltung vieler Leute, die ausgewandert sind, dass Diaspora-Communities meistens konservativer sind als die Leute in der Heimatregion. Das ist, glaube ich, ein generelles Gesetz. Wir haben bei uns im Zentrum einmal eine qualitative Studie über das Wahlverhalten gemacht oder wie Leute sich selbst

ihr Wahlverhalten erklären und da gibt es drei Narrative. Das eine ist wirklich das, was Frau Tekkal gesagt hat, das Narrativ der Ausgrenzung. Das ist der Bildungsnotstand, das ist Arbeitslosigkeit, das ist das Gefühl, dass man keine Wohnung kriegt oder im Arbeitsmarkt, wenn man türkischer Herkunft ist, benachteiligt wird und das ist natürlich auch die Sache mit dem NSU. Ein anderes Narrativ ist wirklich, dass man mit der AKP auf einer ideologischen Linie liegt, sich ihr religiös zugehörig fühlt. Und das dritte Narrativ ist eine handfeste Verbesserung konsularischer Betreuung während der AKP-Regierungszeit in den letzten fast 18, 19 Jahren. Wir sehen das auch. Es ist also nicht nur eine Rhetorik von Herrn Erdoğan, sondern er hat ermöglicht, dass die Auslandstürken wählen dürfen, Das ist nur ein Beispiel dafür, dass es auch eine bessere konsularische Betreuung der Leute gibt, die hier leben. Noch einmal zu dem, was Sie gesagt haben, Frau Tekkal. Auch die Frage, wie stehen wir als Deutsche zu unserer eigenen nationalen Identität und ist es vielleicht so, dass wir auch kein Modell für eine positive Bezugnahme aufs Nationale haben? Das klingt erst einmal sehr überzeugend. Aber wenn ich in andere Länder schaue, dann ist es nicht so. Die Franzosen sind sehr stolz auf ihr Land, auf ihre Geschichte, auf ihre Nationalität und ich denke, dass sie viel, viel mehr Schwierigkeiten in der Integration von zugezogenen Einwanderern haben als wir. Von daher finde ich, dass wir da eigentlich nicht unbedingt in diese Richtung müssen. Aber noch einmal kurz zu dem Ausgrenzungsnarrativ. Das ist ein Stück weit auch eine normale soziologische Entwicklung, weil die Bundesrepublik die Erfordernisse oder den erforderlichen Umbau in der eigenen Tradition, im eigenen Verständnis, was wir als deutsche Gesellschaft sind, ein Stück weit über die Auseinandersetzung mit den türkischen Einwanderern vollzogen hat. Wir haben den Islam als eine Integration einer fremden Religion diskutiert. Wir haben die Frage der Mehrsprachigkeit an Schulen, überhaupt des Sprachunterrichtes, der Sprachvermittlung über die türkische Einwanderung diskutiert. Wir haben die Frage der Geschlechterrollen ein Stück weit an der Auseinandersetzung mit konservativen Vorstellungen der türkischen Einwanderer diskutiert. Und in all diesen Diskussionen haben



die türkischen Einwanderer sich natürlich als die Anderen gesehen, als diejenigen, die sich reformieren, die sich fortentwickeln müssen. Von daher denke ich, ist es auch ein Stück weit ganz normale soziologische Entwicklung, dass es diese Entfremdungsphase gibt oder gegeben hat. Wir sollten den Hintergrund sehen und nicht in Panik verfallen, sondern ich denke, wenn die wirtschaftliche Entwicklung sich nicht weiter verschlechtert, dass wir dann mit der Integration vorankommen.

Die **Vorsitzende**: Herzlichen Dank. Frau Bause, Sie haben das Wort.

Abg. **Margarete Bause** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich habe eine Nachfrage an Frau Çalışkan, was die Situation der Frauen nach der Aufkündigung der Istanbul-Konvention angeht. Sie haben geschildert, dass es auch rechtliche Versuche gibt, das zu verhindern. Aber können Sie schon den Abbau von rechtsstaatlichen Verankerungen von Gewaltschutz für Frauen in der Türkei beobachten? Und welche aktuellen und konkreten Fälle von Frauenrechtsverletzungen verzeichnen Sie bereits seit dem angekündigten Austritt der Türkei aus der Konvention? Welche weiteren gesetzgeberischen Schritte erwarten Sie von der türkischen Regierung diesbezüglich? Dann hätte ich noch eine Frage an Frau Tekkal. Vorhin hat Frau Nastic Sie nach dem Einfluss der Grauen Wölfe gefragt und Sie hatten, glaube ich, keine Zeit mehr, darauf zu antworten. Sie haben in Ihrem Eingangsstatement geschildert, wie Sie persönlich bedroht wurden und werden. Vielleicht könnten Sie da noch einmal einen weiteren Einblick geben. Wir haben dazu die Resolution des Deutschen Bundestages. Sie meinen, das sei noch nicht wirklich implementiert. Ich finde es wichtig, dass Sie uns dazu vielleicht noch einmal ein paar ganz konkrete Hinweise geben.

Die **Vorsitzende**: Vielen Dank. Frau Çalışkan, Sie haben das Wort.

Sve **Selmin Çalışkan**: Vielen Dank. Mehrere Fragen auf einmal, Frau Bause, ich versuche es.

Zum einen muss man vielleicht noch einmal sagen: Die Türkei hat eigene gute Gesetze gegen häusliche Gewalt und viele Paragraphen aus der Istanbul-Konvention sind in der Türkei schon zu nationalem Recht geworden. Es ist schon umgesetzt auf der nationalen Ebene. Woran es krankt, ist, dass es eine fehlende Achtung und eine fehlende Umsetzung dieser Schutzmaßnahmen, dieser Hilfeleistungen für Frauen und Mädchen in der Türkei gibt. Wenn ich Social Media in der Türkei verfolge, dann sehe ich, dass es sehr viele Frauen gibt, die jetzt tot sind, die versucht haben, mehrfach Anzeige zu erstatten, zehn Mal, 20 Mal. Ich habe die Zahl 60 und 70 gesehen. Sie sind immer wieder zur Polizei [gegangen] und haben gesagt, dass sie von ihrem Ex-Partner, Ex-Mann, von ihrem gegenwärtigen Partner gestalkt, gewalttätig behandelt, beleidigt, vergewaltigt, geschlagen werden. Diese Frauen werden bei der Polizei nicht gehört, weil in der Türkei – dieser Satz ist eben gefallen – häusliche Gewalt, sexualisierte Gewalt innerhalb der Familie eine Familienangelegenheit ist, und so ticken nach wie vor die türkische Polizei, die Justiz, die Strafverfolgungsbehörden. Das ist eigentlich das größte Problem. Was in der Türkei gerade aktuell passiert, wurde schon angesprochen, dass zum Beispiel Täter von Kindesmissbrauch leichter begnadigt werden können. Es wird das Unterhaltsrecht von Frauen von einer Männerlobby innerhalb der Türkei angegriffen. Eigentlich haben Frauen ein Recht auf einen Bedürftigkeitsunterhalt. Gerade wird versucht, das gesetzlich zu verändern, so dass Frauen und Kinder nur sehr begrenzt von ihren Ex-Partnern Unterhalt bekommen können. Ich hatte gesagt, dass es nur 33 Prozent der Frauen sind, die einer Erwerbsarbeit nachgehen und dass das von der Regierung auch nicht gefördert wird. Da schließt sich der Kreis. Dann gibt es den Vorstoß für ein Gesetz, mit dem das Heiratsalter auf 16 herabgesetzt werden soll. Auch das ist in der Debatte. Sexuelle Handlungen mit Kindern sollen legalisiert werden und das Alter der Kinder dafür auf weniger als 15 herabgesetzt werden. Das hatte Frau Mirzo auch schon gesagt. Und ein ganz großes Problem ist, dass Gewaltverbrechen, die strafverfolgt werden sollen, zum Beispiel sexueller Missbrauch an Kindern oder Vergewaltigung, ganz konkrete Beweise brauchen,



damit sie strafrechtlich verfolgt werden können. Es gibt ein großes Stigma. Die Frauen schämen sich. Frauen, die an die Öffentlichkeit gehen, werden bezichtigt, dass sie selber Schuld sind, dass sie diese Art von Gewalt erfahren. Das heißt, dass darüber ein ganz großer Mantel von Scham und Stigma liegt. Und die andere Seite ist: Staat und Politik haben dieses Bild von Frauen und Männern, wie sie sein sollen, wie Herr Erdoğan das auch vertritt. Außerdem gab es ein Grundrecht auf Familienmediation. Das soll auch abgeschafft werden. Das ist auch sehr wichtig. Man kann natürlich jetzt sagen: Wenn die Türkei sowieso alles im nationalen Recht umgesetzt hat, warum ist die Istanbul-Konvention dann überhaupt wichtig? Aus meiner Sicht ist sie wichtig. Was ich vergessen habe zu sagen: Es gibt ein neues Gesetz, das Geistliche befugt, in den Provinzen und in den Bezirken zivile Eheschließungen vorzunehmen. Und das wird natürlich den Anstieg von Kindes- und Zwangsehen in der Türkei beschleunigen. Da sehe ich ein ganz großes Problem und das muss auch benannt werden, auch von Partnern, die mit der Türkei zusammen arbeiten. Seit 2018 gibt es eine Zahl, wonach mehr als ein Viertel der Frauen, junge Frauen, vor ihrer Volljährigkeit bereits verheiratet sind. Ein Viertel. Die Istanbul-Konvention ist nach wie vor wichtig. Wenn in der Türkei auf der nationalen Ebene für die Hälfte der Bevölkerung Schutz und Rechte immer weiter abgebaut werden, dann wird es umso wichtiger, dass es ein internationales völkerrechtliches Standbein gibt, worauf sich diejenigen in der Türkei, die eine moderne Türkei wollen, beziehen können und von dort auch Unterstützung und Hilfe bekommen.

Die **Vorsitzende**: Dankeschön. Frau Tekkal dann haben Sie das Wort.

Sve **Düzen Tekkal**: Wir haben über die Chancen gesprochen, die die Einwanderungsgesellschaft durch die Pluralisierung mit sich bringt. Aber die Pluralisierung der Gesellschaft – religiös, ethnisch, kulturell – sorgt auch für Rassismus. Ich glaube, das ist vielleicht auch noch einmal gerade für die politischen Entscheidungsträger wichtig, dass der Rassismus in verschiedenen Gewändern daherkommt. Es gibt nicht nur den deutschen Rassisten, es gibt auch den türkischen Rassisten,

es gibt auch den kurdischen. Und ich glaube, diese Form des Extremismus muss mit derselben Toleranzgrenze bekämpft werden, wie wir das machen sollten, wenn das ein uns bekannterer Rassismus ist. Es ist wichtig zu wissen, dass diese Gruppierung der Grauen Wölfe, die auch als Ülkücü-Bewegung bekannt ist, in Deutschland 18.500 Anhänger hat und damit die stärkste rechtsextreme Strömung hierzulande ist. Es bestehen engste Verbindungen zur MHP. Wir haben eben über den verlängerten Arm der Politik gesprochen, die aus Ankara betrieben wird. Es gibt sehr viele gewaltbereite, unzufriedene Jugendliche. Das heißt, wir haben es hier auch mit einer Organisation zu tun, die sich mit uns anlegt, uns herausfordert und versucht, uns unsere Jugendlichen wegzunehmen und auch nicht davor zurückscheut, mafiöse Strukturen anzuwenden. Ich muss Ihnen ganz ehrlich sagen, als Menschenrechtsaktivistin bin ich es gewohnt, auch angefeindet zu werden. Das gehört dazu. Aber die Art und Weise, wie ich mit Klarnamen und Offenheit angegriffen worden bin, dass ich die Nächste sei, hat mich doch wirklich sehr schockiert. Ich habe das auch an den Reaktionen meines Umfelds gemerkt, weil hier auch so viele Menschen davon, ich sage einmal, infiziert sind, dass das wirklich auch eine Gefahr werden kann. Und wenn Menschenrechtsaktivisten schon anfangen, darüber nachzudenken, wie das dann für ganz normale Teile der Bevölkerung ist, diese Angst und dieser Schrecken, die damit auch verbreitet werden und um sich greifen, das kann für uns als Gesellschaft nicht gesund sein. Ich habe das erste Mal seit Monaten wieder Anzeige erstatten müssen und zwar mehrfach, weil ich so viele Nachrichten über die Sozialen Medien bekommen habe. Wie gesagt, die Drohungen kriege ich nicht in Türkisch, ich kriege sie in Deutsch, geschrieben von Menschen, die perfekt Deutsch sprechen. Aber Bildung schützt vor Extremismus nicht. Da würde ich Ihnen auch widersprechen. Ich finde, das kann man auch nicht beispielsweise mit der Situation in Frankreich vergleichen. Da haben wir die Banlieues, wo diese ganzen Probleme entstanden sind, und da hat mitnichten eine gelungene Integrationspolitik stattgefunden, auch aufgrund einer ganz anderen Kolonialgeschichte. Aber um noch einmal zurück zu kommen zu den Grauen Wölfen. Es hat schon Versuche gegeben, wo die



Grünen beispielsweise mit Frau Mihalic, mit Herrn Özdemir beteiligt waren. Sie müssen sich einmal angucken, was da stattfindet. Auch die Entstehung von Feindbildern von Spitzenpolitikern wie Cem Özdemir, dem dann teilweise über Social-Media unterstellt wird, dass er einen antimuslimischen, antiarabischen Rassismus bedient. Das machen die Medien teilweise aus der Türkei auch. Also „RT türkisch“ beispielsweise, die beherrschen auch das Spiel von Social Media. Da werden dann die Sharepics erstellt usw. Das gehört im Grunde genommen alles zusammen und ist nicht losgelöst voneinander zu verstehen. Es geht wieder darum, dass es wichtig ist, dass wir nicht zulassen dürfen, dass die Extremisten, egal woher sie kommen, überhand gewinnen und unsere Jugendlichen erreichen. Da haben wir andere Möglichkeiten, gerade Sie als politische Entscheidungsträger, auch Verbote durchzusetzen. Und allein das auszusprechen, ist für mich auch schon wieder eine Gefahr, das weiß ich auch. Und es gibt viele, die sich nicht mehr trauen, das zu sagen. Deswegen glaube ich, müssen wir letztlich auch den Erfahrungen, die wir machen, wirklich Taten folgen lassen. Ich weiß nicht, ob dieser Vergleich jetzt hinkt, aber die NPD – sie ist trotzdem genauso schlimm, bitte verstehen Sie mich nicht falsch – hat 3.600 Mitglieder. Ich möchte, dass Sie wissen, dass diese 18.500 viele, viele Menschen sind. Ich glaube, wir brauchen generell auch einen Umgang mit Rassismus, Entmenschlichung, Extremismus und zwar jedwedem, egal wo er herkommt. Dass da auch Ideologien keinen Sinn machen, haben wir beim Nahostkonflikt gemerkt. Dass es wirklich eine Herausforderung ist, das auch entsprechend zu adressieren, weil die Jugendlichen – ich möchte es noch einmal auf die Straße runterbrechen – emotionalisiert sind. Sie fühlen sich dann natürlich auch angegriffen und wir müssen da ganz, ganz vorsichtig sein, dass wir Menschen erlauben für ihre Belange in Palästina auf die Straße zu gehen und Menschenrechtsverletzungen anzuprangern, ohne dabei antisemitisch zu sein. Und das ist die Gemengelage, in der wir uns in ganz vielen Punkten befinden. Danke.

Die **Vorsitzende**: Dankeschön. Frau Nastic hat für DIE LINKE. das Wort.

Abg. **Zaklin Nastic** (DIE LINKE.): Vielen Dank. Ich würde gerne meine Frage an Herrn Dündar stellen. Aber bevor ich diese stelle, würde ich doch gerne eine Richtigstellung vornehmen, auch wenn Herr Michael Brand aus Fulda nicht mehr anwesend ist. Die Unterstellung, DIE LINKE. würde sich in nur eine bestimmte politisch extremistische Ecke orientieren, weisen wir zurück. DIE LINKE. als Partei und wir als Fraktion stehen an der Seite der Demokratinnen und Demokraten in der Türkei, unabhängig von ihrem Glaubens, ihrer Sexualität, ihrer Herkunft oder sonstigem. Wir sind nicht diejenigen, die unter anderem seit vielen Jahren und Jahrzehnten Deals wie den Türkei-Deal mit Erdoğan ausgehandelt haben. Wir sind nicht diejenigen, die Waffenexporte an ihn unterstützen, befürworten oder gar politisch in irgendeiner Form durchführen. Und solche Vorwürfe weisen wir zurück. Jetzt zu meiner Frage. Dieses Jahr, Herr Dündar, jährt sich der traurige Geburtstag, der fünfjährige, des Türkei-Deals. Das sind fünf Jahre an Menschenrechtsverletzungen: Menschen, die ihr Asylrecht in Deutschland und der Europäischen Union nicht wahrnehmen können, durch diesen Deal daran gehindert werden. Menschen, die im Mittelmeer sterben, an der tödlichsten Grenze der Welt. Es wurde hier heute schon angesprochen, dass das für Erdoğan auch ein Mittel der Politik ist, als Unterstützung seiner Macht. Wie schätzen Sie das eigentlich ein, welche strategischen Ziele sehen Sie dahinter seitens der Europäischen Union, aber auch von Erdoğan selbst? Und haben Sie vielleicht Ideen für Alternativen zu diesem – wir als Linke sagen – „dreckigen Deal“, der die Menschenrechte mit Füßen tritt?

Die **Vorsitzende**: Herr Dündar, Sie haben das Wort.

SV **Can Dündar**: Vielen Dank. Die Beziehung zwischen der EU und Erdoğan hat eine lange Vorgeschichte, und es ist wirklich interessant zu verfolgen, wie sie sich im Laufe der Jahre verändert hat. Zu Beginn seiner politischen Karriere trat Erdoğan als Befürworter der EU auf und versuchte, die Unterstützung der europäischen Länder zu erhalten, um die Armee in Schach zu halten. Wie von Herrn Seufert schon



erwähnt, war das ein politischer Kampf, mit dem er versuchte, die Armee aus der Politik zu drängen und zurück in die Kasernen zu schicken. Er fand in der EU einen willigen Partner, der ihn dabei unterstützte, und setzte die westlichen Länder in diesem Kampf mehr oder weniger geschickt ein, so dass es ihm schließlich gelang, die Armee aus der türkischen Politik hinauszudrängen. Danach benötigte er die Unterstützung der Europäer nicht mehr und wandte sich auf der Suche nach einem Verbündeten mit größeren Affinitäten verstärkt Russland zu. Wirtschaftlich war er natürlich weiterhin auf die Europäische Union angewiesen, aber dann kam unversehens der Syrienkrieg dazwischen und bot ihm die Gelegenheit, seine politischen Ambitionen zu verwirklichen. Der Flüchtlingspakt half ihm enorm, seine Beziehungen zu Europa auf eine neue Grundlage zu stellen, denn die Abmachung war, dass er sich um die Flüchtlinge kümmert und den Zustrom eindämmt, während Europa zusicherte, ihm dafür Geld zu geben und natürlich – dies war, schätze ich, der ungeschriebene Teil der Abmachung – vor seiner Aggression die Augen zu verschließen. In einigen Dokumenten beispielsweise ist zu lesen, dass Berichte über die Türkei unter Verschluss gehalten oder abgeändert wurden, um Erdoğan nicht zu verärgern. Der Pakt war also für ihn sehr hilfreich, nicht nur in wirtschaftlicher, sondern auch in politischer Hinsicht, während die Flüchtlinge sich wohl eher wie Geiseln und von Erdoğan ausgenutzt fühlen mussten, obwohl als Gegenleistung nicht wirklich enorme Summen gezahlt wurden, um ehrlich zu sein. Jetzt versucht die Bundesregierung, das Abkommen zu verlängern. Die einzige Alternative auf europäischer Seite wäre, sich dieser Menschen anzunehmen und nicht Erdoğan zu bezahlen, damit er Europa die Flüchtlinge vom Hals hält. So wie es derzeit läuft, unterstützen Sie nicht nur in gewisser Weise Erdoğan, sondern halten auch die Flüchtlinge als Geiseln, ohne eine Lösung für das Problem zu finden. Das Problem aber bleibt, das Syrien-Problem. Die Türkei hat den radikalen Kräften dort Waffen zukommen lassen und die Migrationsströme gewissermaßen provoziert, und dann die Migranten in der Türkei ausgenutzt, um einen Pakt mit den Europäern einzugehen. Das hilft Erdoğan in jeder Hinsicht, an der Macht zu bleiben. Die einzige Alternative wäre, dass die

europäischen Länder einen Teil dieser Last übernehmen. Ich fürchte, das ist alternativlos, aber ich fürchte auch, dass die Europäer das nicht wollen.*

Die Vorsitzende: Vielen Dank. An alle Kolleginnen und Kollegen, wir sind jetzt am Ende unserer zweiten Fragerunde und ich würde vorschlagen, dass wir keine weitere Runde in irgendeiner Form versuchen, jetzt noch auf den Weg zu bringen. Wir haben aber noch eine Wortmeldung von Frank Heinrich zum Abschluss, nicht im Rahmen der Fragerunde, wie er mir mitteilte, sondern quasi als Dienstältester in diesem Ausschuss. Denn es ist unsere letzte öffentliche Anhörung in dieser Legislaturperiode und auch die letzte, offiziell zumindest, Sitzung im Menschenrechtsausschuss. Und deswegen gibt Frank Heinrich noch ein Statement ab. Sie haben das Wort.

Abg. **Frank Heinrich** (Chemnitz) (CDU/CSU): Ganz herzlichen Dank. Also, das Bild, was wir jetzt abgeben, buchstäblich hier im Raum, ist einfach ein schöner Abschluss unserer Arbeit. Wir sind von Ihnen als die Sachverständigen umringt wie von einer Wolke von Zeugen – es gibt so einen Begriff in der Bibel – die uns ihre Fachkompetenz tatsächlich mit auf den Weg geben. Frau Tekkal, Sie haben mehrfach gesagt, wie wir als politische Verantwortungsträger sein sollten. Und ich wollte das jetzt am Ende der 80. Sitzungswoche der Legislaturperiode einfach einmal als Dank Ihnen sagen. Ich möchte als zweites aber auch danke sagen: Es sind jetzt noch alle Parteien hier vertreten. Ich glaube, wir haben alle, nicht nur heute, eine ganze Menge gelernt und ich nehme dieses gegenseitige Wertschätzen, am gleichen Strang ziehen, wie nicht viele andere Ausschüsse, einfach als ein tolles Ringen wahr. Wir sind gewissermaßen so ein bisschen Überzeugungstäter. Ich möchte einfach auch gutes Gelingen wünschen – wer wiederkommt und ich lade natürlich herzlich ein, dass wir im November wieder hier miteinander ringen. Ich möchte auch der Vorsitzenden danke sagen. Also für einen Einstieg, so wie er Dir gelungen ist – *[zustimmendes Klopfen]* – muss ich wirklich sagen, Chapeau. Inhaltlich eine solche Sippe wie uns, die doch Überzeugungstäter sind,



zusammenzuhalten, den Tonfall zu halten, Ausgleich zu schaffen. Klasse. Wenn es uns wieder so gelingt, dann folge ich Dir in diesem Sinne gerne wieder. Also, unserer Vorsitzenden Applaus, aber das habt ihr gerade schon erzeugt. Einen guten Sommer insofern.

Die **Vorsitzende**: Ganz herzlichen Dank. Ich möchte mich den Worten anschließen. Ich hatte es fast vergessen, dass es schon die letzte Sitzung ist, obwohl wir noch so mittendrin in allem sind. Erst einmal an dieser Stelle: Jetzt endet der Teil der öffentlichen Anhörung – nur für alle, die jetzt quasi das Gefühl haben, sie verpassen noch etwas Inhaltliches – das ist nicht mehr der Fall. Ich möchte ganz herzlich im Namen des Ausschusses, wie auch in jeder anderen öffentlichen Anhörung, unseren Sachverständigen danken, denn genau auf sie sind wir angewiesen. Ich glaube, das ist heute auch noch einmal ganz deutlich geworden. Frank Heinrich hat das auch noch einmal betont. Wir sind gar nicht die Expertinnen und Experten für alles, was hier so entschieden wird, sondern wir sind darauf angewiesen, von Ihnen zu hören, aus Ihren entsprechenden Fachgebieten mitzulernen und dann unsere politischen Entscheidungen darauf basierend besser erklären zu können. Und an der Stelle vielen Dank auch, dass diese letzte öffentliche Anhörung in so starker Präsenz auch von Ihnen als Sachverständige möglich war. Wir hatten Anhörungen, da waren quasi alle Sachverständigen virtuell zugeschaltet, und das war einfach anders. Ich glaube, wir haben es alle sehr geschätzt, dass Sie hier wieder im Saal waren, weil es doch auch die Art ist, wie man am besten kommunizieren kann. An der Stelle natürlich herzlichen Dank auch an die Verdolmetschung, an die Technik. Wir hatten heute so gut wie nichts an herausfordernden Situation zu lenken. Das haben wir auch schon ganz anders gehabt. Und natürlich last but not least an die stillen Heldinnen und Helden der Organisation und das ist das Ausschussesekretariat: An Herrn Hummel, der gerade ein Praktikum im Ausschussesekretariat

macht, an die Leitung, Frau Dr. Lübbe, an Frau Dr. Tepasse, an Frau Winzek, die gerade nicht da ist, aber auch die Fäden im Hintergrund zusammenhält und natürlich an Frau Strube, und Frau Hörhold. Herr Heinrich, Sie wissen das, Sie wissen das alle, wie das ist, wenn man hier einen neuen Job übernimmt, wenn man nicht im Hintergrund tatkräftige Unterstützung hat, die einem sehr genau erklärt, wie bestimmte organisatorische Dinge hier zu laufen haben oder wie sie erwartet werden. Mir hat es riesigen Spaß gemacht, auch diese Anhörung mit Ihnen zu leiten. Und es war eine ganz große Ehre, diesen Job für diesen Zeitraum übernehmen zu dürfen, und ich glaube, dass der Ausschuss gemeinschaftlich wirklich hervorragend gearbeitet hat. An der einen oder anderen Stelle gibt es inhaltlichen Knatsch. Ich glaube, das gehört dazu. Und trotzdem möchte ich mich den Worten von Frank Heinrich anschließen und herzlichen Dank an Sie alle für die tolle Zusammenarbeit sagen. Und ich glaube auch, das zeichnet uns hier aus: Wir sind Überzeugungstäterinnen und Überzeugungstäter und das eint uns hier. Wir streiten nicht – und das waren, glaube ich, fast meine ersten Worte, hier im Ausschuss – über das Ob von Menschenrechten, sondern darüber wie wir sie am besten gewährleisten und schützen können. Ich glaube, das machen wir alle weiter. Ich wünsche Ihnen noch eine erfolgreiche Sitzungswoche und einen wunderbaren Sommer mit aufschlussreichen Diskussionen, die wir weiterhin führen werden. Wir sind alle noch nicht weg und kommen hoffentlich auch alle irgendwie wieder. Und an der Stelle schließe ich die Sitzung, wünsche Ihnen noch einen schönen Tag und alles Gute.

** Die Wortbeiträge wurden vom Sprachendienst des Deutschen Bundestages aus dem Englischen übersetzt.*



Schluss der Sitzung: 16:58 Uhr

Gyde Jensen, MdB
Vorsitzende